



BRV
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-
GESELLSCHAFT

**Stadtwerke Halle GmbH,
Halle (Saale)**

Prüfung des Konzernabschlusses
zum 31. Dezember 2012 und des
Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2012

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Prüfungsauftrag.....	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	2
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens.....	2
II. Änderungen zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, Vorgänge von besonderer Bedeutung	4
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	5
I. Gegenstand der Prüfung	5
II. Art und Umfang der Prüfung.....	5
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Konzernrechnungslegung.....	9
I. Stichtag des Konzernabschlusses und Konsolidierungskreis.....	9
1. Stichtag des Konzernabschlusses	9
2. Konsolidierungskreis	9
II. Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse	9
III. Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung.....	10
1. Konzernabschluss	10
2. Konzernlagebericht.....	12
3. Übereinstimmung mit Deutschen Rechnungslegungsstandards	12
IV. Gesamtaussage des Konzernabschlusses	13
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Konzernabschlusses	13
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und Konsolidierungsmethoden.....	13
3. Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und Konsolidierungsmethoden	16
4. Wirtschaftliche Verhältnisse.....	17
a) Vermögenslage.....	17
b) Finanzlage.....	23
c) Ertragslage	24

Inhaltsverzeichnis

Seite

E. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	32
I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	32
II. Schlussbemerkung	33

Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
ATZ	Altersteilzeit
AWH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale)
BHG	Bäder Halle GmbH, Halle (Saale)
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
Cives	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale)
CMS	Compliance Management System
DRS	Deutsche(r) Rechnungslegungs Standard(s)
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee
DSR	Deutscher Standardisierungsrat
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EVH	EVH GmbH, Halle (Saale)
EWAG	Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal GmbH, Braunsbedra
FSA	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale)
FTZ	FTZ Freizeit und Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale)
GISA	GISA GmbH, Halle (Saale)
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
Hafen	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale)
HAVAG	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale)
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HWS	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS	Prüfungsstandard des IDW
IKS	Internes Kontrollsystem
IT	Informationstechnik
ITC	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale)
KWK-G	Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz)
KWT	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale)

Abkürzungsverzeichnis

Maya mare	
Meter1	Meter1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)
Meter1 Verwaltung	Meter1 Verwaltung GmbH, Halle (Saale)
Netzgesellschaft A 14	Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)
Netzgesellschaft Halle	Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale)
OBS	Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)
RAB	RAB Halle GmbH, Halle (Saale)
RPL	RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L., Schkopau
SHS	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale)
SWH	Stadwerke Halle GmbH, Halle (Saale)
TELONON	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale)
VNG AG	VNG – Verbundnetz Gas Aktiengesellschaft, Leipzig
WER	WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale)
W+H	W+H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale)

A. Prüfungsauftrag

1. Der Aufsichtsrat der

**Stadwerke Halle GmbH,
Halle (Saale)**

(im Folgenden auch „SWH“ oder „Gesellschaft“ genannt)

- wählte uns in der Sitzung vom 28. Juni 2012 zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 und damit gemäß § 318 Abs. 2 HGB auch zum Konzernabschlussprüfer. Daraufhin beauftragte uns die Aufsichtsratsvorsitzende der SWH (Mutterunternehmen), Frau Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados, den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir uns entsprechend den §§ 319 ff. HGB und den berufsrechtlichen Vorschriften von unserer Unabhängigkeit überzeugt haben.
2. Die Gesellschaft ist gemäß §§ 290 ff. HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes verpflichtet, der gemäß § 316 Abs. 2 HGB prüfungspflichtig ist. Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) diesen Bericht, dem der von uns geprüfte Konzernabschluss sowie der geprüfte Konzernlagebericht als Anlagen 1 bis 6 beigelegt sind.
3. Der Bericht enthält im Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Geschäftsführung des Konzernmutterunternehmens. Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt E. wiedergegeben.
4. Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigelegten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 01. Januar 2002 vereinbart.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens

5. Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB geben wir vorweg unsere Stellungnahme zu der Beurteilung der Lage des Konzerns im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht seitens der gesetzlichen Vertreter des Konzernmutterunternehmens ab. Die nach § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB zu prüfenden Unterlagen umfassen im Fall der Prüfung des Konzernabschlusses auch die nach § 317 Abs. 3 HGB zu prüfenden und im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse.
6. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund eigener Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns ab, die wir im Rahmen der Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts gewonnen haben, soweit uns die geprüften Unterlagen eine Beurteilung erlauben. Hierzu gehören vertiefende Erläuterungen und die Angabe von Ursachen zu den einzelnen Entwicklungen sowie eine kritische Würdigung der zu Grunde gelegten Annahmen, nicht aber eigene Prognoserechnungen.
7. Zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Konzerns sind insbesondere folgende Aspekte der Berichterstattung hervorzuheben:
- Die Lageberichterstattung beginnt mit den Darstellungen der Bedeutung der Unternehmen des SWH-Konzerns für den regionalen Wirtschaftskreislauf und der Struktur des Konzerns. Berichtet wird über die neue Geschäftsstruktur:
- Energieversorgung und Energieeffizienz-Dienstleistungen,
 - Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Sekundärrohstoffe,
 - Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität, Logistik,
 - Kommunale Infrastruktur-Dienstleistungen, Interne Dienste.
- Für die drei erstgenannten Konzern-Geschäftsfelder haben als Geschäftsfeldführungsgesellschaften jeweils die EVH, die HWS und die HAVAG die operative Geschäftsführung übernommen.
8. Berichtet wird über die wesentlichen Veränderungen des Konzerns im Personalbereich und in der Führungsstruktur – Neubesetzungen der Geschäftsführungen in den Geschäftsfeldführungsgesellschaften – sowie über die Einführung der neuen Struktureinheit Unternehmensentwicklung.

9. Auf die sich aus wirtschaftlicher Entwicklung, Arbeitsmarkt und Bevölkerungsentwicklung ergebenden Rahmenbedingungen wird eingegangen. Ebenso wird über die steigende Wettbewerbsintensität und die Volatilität auf den Rohstoffmärkten berichtet und in den Zusammenhang mit gestiegenen Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin gestellt.
10. Zur Ertragslage des Konzerns und der Geschäftsfeldführungsgesellschaften wird berichtet, dass zum dritten Mal in Folge sämtliche Zuschuss- und Verlustbetriebe des Konzerns aus Eigenmitteln finanziert wurden. Beim Vergleich zum Vorjahr ist zu berücksichtigen, dass im Geschäftsjahr 2012 Drohverlustrückstellungen von € 14,7 Mio. bei der SWH und der EVH gebildet wurden, die das Konzernergebnis des Jahres 2012 belasten, während das Geschäftsjahr 2011 mit einem deutlich besseren neutralen Ergebnis abschloss.
11. Hinsichtlich der Vermögens- und Finanzlage werden die Veränderungen zum Vorjahr dargestellt und erläutert. Über die Eigenkapitalquote unter Hinzurechnung von 50 % der Sonderposten wird berichtet, wobei angemerkt ist, dass eine Hinzurechnung der Sonderposten zu 100 % angemessen wäre.
12. Zur Konzern-Kapitalflussrechnung (Cash-flow) wird die Minderung des Finanzmittelfonds um € 34,5 Mio. genannt und auf die Unterschiede zum Vorjahr in den einzelnen Cash-flow-Bereichen eingegangen. Das Geschäftsjahr 2012 war von einer Schwerpunktsetzung der Konzerngeschäftsführung in eine geänderte Finanz- und Entschuldungsstrategie geprägt. Insgesamt wurden € 44,1 Mio. getilgt, bei Darlehensaufnahmen von € 28 Mio.
13. Für das Finanzmanagement ist konzerneinheitlich eine Finanzierungsrichtlinie anzuwenden. Finanzderivate (Zinssicherungsinstrumente) werden ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt, ein spekulativer Handel erfolgt nicht. Das Risikomanagement wird nach einem konzerneinheitlichen System geführt.
14. Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung im Konzernlagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellungen für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:
15. Risiken sieht die Konzern-Geschäftsführung als Folge der zunehmenden Wettbewerbsintensität im anhaltenden Ertrags- und Kostendruck. Die eingeleiteten Maßnahmen dienen der Nutzung von Synergiepotentialen in der Stadtwerke-Unternehmensgruppe. Aus den Ergebnisabführungsverträgen ergeben sich Risiken aus Verlustausgleichsverpflichtungen bei gleichzeitig niedrigeren Ergebnisabführungen. Nach den erwarteten Ergebnissen aus Verlustausgleichen und Gewinnabführungen wird für das Jahr 2013 mit einem Konzernjahresfehlbetrag gerechnet.

16. Die Beurteilung der Lage des Konzerns einschließlich der dargestellten wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Konzerns gefährdet wäre.

II. Änderungen zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, Vorgänge von besonderer Bedeutung

17. Wesentliche Änderungen in den rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen sind nicht eingetreten. Hinzuweisen ist darauf, dass die KWT umfängliche Investitionen in ein neues GuD-Kraftwerk tätigte, das im April 2012 in den Probebetrieb ging. Ausgelaufen ist die Förderung nach dem KWK-G für die GuD-Anlage im Heizkraftwerk Dieselstraße. Auch wenn die KWT lediglich als assoziiertes Unternehmen konsolidiert wird, ergeben sich wegen des Auslaufens der Förderung nach dem KWK-G ab dem Jahr 2017 Risiken, die sich über Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften auch im Konzernabschluss 2012 auswirkten.
18. Für das Gemeinschaftsunternehmen KWT haben sich die Gesellschafter SWH und VNG im I. Quartal 2013 auf Maßnahmen geeinigt, die die Unternehmensfortführung der KWT für die Jahre 2013 und 2014 absichern. Die Maßnahmen belasten das Jahresergebnis 2012 der SWH und damit des Konzerns mit insgesamt € 15,2 Mio. Die Fortführung der KWT ab dem Jahr 2015 hängt von derzeit nicht absehbaren Entwicklungen auf den Energiemärkten (Gas, Strom, Wärme) und gesetzgeberischen Entscheidungen ab.
19. Strukturell ergaben sich organisatorische Änderungen im Konzern als Folge der Konzentration bestimmter Dienstleistungen (IT-Service, Verbrauchsabrechnung, Personalverwaltung, u. a.).

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

20. Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den nach deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 - bestehend aus Konzernbilanz, Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 der Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale), auf die Einhaltung der einschlägigen Vorschriften geprüft.
21. In die Prüfung des Konzernabschlusses sind die Anpassung an die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Mutterunternehmens und die konsolidierungsbedingten Anpassungen gemäß § 317 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2 HGB mit einbezogen.
22. Die gesetzlichen Vertreter tragen die Verantwortung für die Rechnungslegung und die gegenüber uns als Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung und der uns erteilten Aufklärungen und Nachweise ein Urteil über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

II. Art und Umfang der Prüfung

23. Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt.
24. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

25. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben unserer Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Konzernabschluss ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten waren nicht Gegenstand unserer Abschlussprüfung.
26. Im Rahmen unseres risikoorientierten Prüfungsvorgehens erarbeiteten wir zunächst eine Prüfungsstrategie. Diese beruhte auf einer Einschätzung des Konzernumfeldes und auf Auskünften der Geschäftsleitung über die wesentlichen Konzernziele und Geschäftsrisiken.
27. Unsere Prüfungshandlungen waren darauf gerichtet, ein Urteil über die Ordnungsmäßigkeit der Konzernunterlagen und die Übereinstimmung des daraus entwickelten Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung zu ermöglichen.
28. Bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Konzernrechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Konzernabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Konzernrechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.
29. Unsere Prüfung des Konzernabschlusses erstreckte sich auf die Prüfung des Konsolidierungskreises, der Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse sowie die vorgenommenen Konsolidierungsmaßnahmen.
30. Die Abschlussprüfung schließt eine Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und der Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht in Stichproben mit ein. Ebenso werden die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs-, Konsolidierungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter geprüft sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes abgegeben.
31. Wir haben die im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse, einschließlich der konsolidierungsbedingten Anpassungen, gemäß § 317 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2 HGB geprüft.

32. Gegenstand unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Konzernlageberichtes waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Wir haben die Angaben unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse, die wir während der Konzernabschlussprüfung gewonnen haben, beurteilt, ob sie in Einklang mit dem Konzernabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.
33. Unsere Tätigkeiten umfassten aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl unserer risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren. Wir haben unsere aussagebezogenen Prüfungshandlungen an den Ergebnissen unserer Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems ausgerichtet.
34. Die Prüfungsstrategie unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten unseres Prüfungsprogramms geführt:
- Prüfung des Konsolidierungskreises,
 - Einheitlichkeit der Bewertung im Konzern,
 - Kapitalkonsolidierung,
 - Entwicklung des Eigenkapitals und des Ergebnisses des Konzerns,
 - Schuldenkonsolidierung,
 - Aufwands- und Ertragskonsolidierung,
 - Steuerabgrenzung gemäß § 306 HGB.
35. Art, Umfang und zeitlichen Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie den Einsatz von Mitarbeitern und Sachverständigen haben wir im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.
36. Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und unter dem Datum vom 07. Juni 2012 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 der SWH. Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Konzernunternehmen sowie das Akten- und Schriftgut der SWH.

37. Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns bei den Konzernunternehmen durch Einholung von Saldenbestätigungen in Stichproben überzeugt; Bankbestätigungen wurden von Kreditinstituten eingeholt, Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten wurden erbeten.
38. An der körperlichen Bestandsaufnahme der Vorräte haben wir bei den Konzernunternehmen aufgrund der nachrangigen Bedeutung der Vorräte für den jeweiligen Jahres- und den Konzernabschluss nicht teilgenommen.
39. Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten. Das gilt auch bezüglich der ergänzenden Prüfungshandlungen zu den einbezogenen Jahresabschlüssen.
40. Bei der Prüfung der Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen, Pensionsrückstellungen, Alterszeitverpflichtungen und Sterbegeldverpflichtungen haben uns versicherungsmathematische Gutachten vorgelegen, deren Ergebnisse wir verwerten konnten.
41. Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns durch die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens und – soweit erforderlich – von den gesetzlichen Vertretern der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erteilt. Alle konsolidierungspflichtigen Unternehmen wurden von uns geprüft.
42. Die Geschäftsführung hat uns im Rahmen einer Vollständigkeitserklärung am 24. Mai 2013 bestätigt, dass alle Konzernunternehmen unter Beachtung der §§ 294 bis 296 HGB einbezogen sind, dass die in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2012 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigen, dass sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten und alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind. Die Geschäftsleitung hat ferner erklärt, dass der Konzernlagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Konzerns wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 315 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben. Für sämtliche einbezogenen Unternehmen lagen uns ebenfalls entsprechende Vollständigkeitserklärungen vor.
43. Die Prüfung führten wir in einer Vorprüfung im November und Dezember 2012 und in der Hauptprüfung in den Monaten Januar bis Mai 2013 - mit zeitlichen Unterbrechungen - durch.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Konzernrechnungslegung

I. Stichtag des Konzernabschlusses und Konsolidierungskreis

1. Stichtag des Konzernabschlusses

44. Stichtag der Jahresabschlüsse der konsolidierten Unternehmen sowie des Konzernabschlusses ist einheitlich der 31. Dezember 2012.

2. Konsolidierungskreis

45. Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ist im Konzernanhang angegeben. Der Konzernabschluss der Gesellschaft ergibt sich damit aus der Zusammenfassung und Konsolidierung der Jahresabschlüsse der Stadtwerke Halle GmbH (Konzernobergesellschaft) und 18 inländischer Tochterunternehmen, diesbezüglich verweisen wir auf die Angaben im Konzernanhang (Anlage 3).
46. Die Vorschriften zur Einbeziehung bzw. Nichteinbeziehung (§§ 294, 296 HGB) und zur Bilanzierung von Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (§§ 311, 312 HGB) wurden beachtet. Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde erstmalig die SHS in den Konsolidierungskreis einbezogen. Für die Netzgesellschaft A14 wurde unverändert auf die Einbeziehung in den Konzernabschluss der SWH gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

II. Ordnungsmäßigkeit der in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse

47. In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 wurden die Jahresabschlüsse des Mutterunternehmens sowie von 18 Tochterunternehmen (vgl. dazu Konzernanhang Anlage 3) einbezogen.
48. Die Jahresabschlüsse der Tochterunternehmen wurden von uns im Rahmen der Prüfung des Konzernabschlusses mitgeprüft. Die Prüfung nach § 317 Abs. 3 Satz 1 HGB der in den Konzernabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse ergab keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit; sie stellen somit eine geeignete Konsolidierungsgrundlage dar.
49. Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Konzernanhang (Anlage 3). Die in den Konzernabschluss übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden der einbezogenen Tochterunternehmen sind nach den auf den Jahresabschluss des Mutterunternehmens angewandten Methoden ordnungsgemäß bilanziert und

bewertet. Die nach § 308 HGB vorgeschriebene einheitliche Bewertung erfolgte in den für Konsolidierungszwecke aufgestellten Formblattabschlüssen (Handelsbilanz II) der Tochterunternehmen.

50. Bei allen einbezogenen Gesellschaften einschließlich der Stadtwerke Halle GmbH wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 von uns geprüft und gemäß § 322 HGB mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

III. Ordnungsmäßigkeit der Konzernrechnungslegung

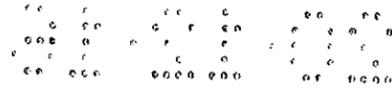
1. Konzernabschluss

51. Die SWH hat als Mutterunternehmen gemäß § 290 HGB einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht aufzustellen und diese gemäß § 316 Abs. 2 HGB prüfen zu lassen.
52. Mit der Konzernbuchführung bzw. mit der Konzernabschlusserstellung war die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Halle (Saale), beauftragt, die dies unter Einsatz einer zertifizierten Konsolidierungssoftware erledigte. Das von der Stadtwerke Halle GmbH eingerichtete rechnungslegungsbezogene IKS sieht dem Geschäftszweck und -umfang entsprechend angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Es ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungsstoffes zu gewährleisten.
53. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt ordnungsgemäß geführt.
54. Der vorliegende Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde unter Beachtung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften (§§ 290 ff. i. V. m. §§ 264 ff. HGB) aufgestellt. Die Vorschriften über die Gliederung und den Ausweis der Posten der Konzernbilanz und der Konzerngewinn- und Verlustrechnung sind beachtet worden. Die Konzerngewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 298 Abs. 1 i. V. m. § 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt. Konzernspezifische Besonderheiten (Anteile anderer Gesellschafter) wurden berücksichtigt. Im Konzernabschluss wurden alle rechtsformgebundenen und wirtschaftszweigspezifischen Regelungen beachtet.
55. Die Ausübung von Bilanzierungs-, Bewertungs-, Konsolidierungs- und Ausweiswahlrechten sowie die Gliederung des Konzernanhangs erfolgten, unter der Beachtung der durch das BilMoG geänderten Anforderungen des HGB, unverändert zum Vorjahresabschluss.

56. Für Konsolidierungen vor dem 01. Januar 2010 wurde abweichend von der Festlegung des Deutschen Standardisierungsrates im DRS 4 der Wertansatz der Beteiligungen des Mutterunternehmens mit dem anteiligen Eigenkapital der in den Konzernabschluss einzubeziehenden Tochterunternehmen einheitlich nach der Buchwertmethode auf der Grundlage der Wertansätze der erstmaligen Einbeziehung der Beteiligung verrechnet. Vom Wahlrecht nach § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB in der Fassung des BilMoG in Verbindung mit Artikel 66 Absatz 3 Satz 4 EGHGB, die Buchwertmethode fortzuführen, wird Gebrauch gemacht. Für Neuerwerbe ab 01. Januar 2010 erfolgt die Kapitalkonsolidierung entsprechend § 301 Abs. 1 HGB n. F. nach der Neubewertungsmethode.
57. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, andere Forderungen, Verbindlichkeiten sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gemäß § 303 HGB aufgerechnet.
58. Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung sind gemäß § 305 Abs. 1 HGB die zwischen Konzernunternehmen getätigten Erträge und alle entsprechenden Aufwendungen verrechnet worden. Im Berichtsjahr waren keine wesentlichen Zwischenergebnisse zu eliminieren.
59. Auf die ergebniswirksamen Unterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden keine Steuerabgrenzungen gemäß § 306 HGB vorgenommen. Insgesamt ergaben sich ausschließlich aktive latente Steuern aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen Tochterunternehmen. Die Nichtbildung der aktiven latenten Steuern steht im Einklang mit der einschlägigen Kommentierung.
60. In dem von der SWH aufgestellten Konzernanhang (Anlage 3) sind die auf die Konzernbilanz und die Konzerngewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Konzernanhang übernommenen Angaben zur Konzernbilanz sowie zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.
61. Die weiteren Elemente des Konzernabschlusses, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel, sind ordnungsmäßig.
62. Die angewandten Konsolidierungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und sind ordnungsgemäß. Die Konsolidierungsbuchungen sind zutreffend fortgeführt.
63. Der Konzernabschluss, bestehend aus Konzernbilanz, Konzerngewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, Konzernkapitalflussrechnung und Konzerneigenkapitalpiegel wurde ordnungsgemäß aus den einbezogenen Jahresabschlüssen abgeleitet. Der Konzernabschluss entspricht

damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Konzernlagebericht



64. Der von den gesetzlichen Vertretern des Mutterunternehmens aufgestellte Konzernlagebericht ist diesem Bericht als Anlage 6 beigelegt.
65. Der Konzernlagebericht entspricht nach den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.
66. Unsere Prüfung ergab, dass der Konzernlagebericht
- mit dem Konzernabschluss sowie mit unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
 - insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt;
 - die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt sowie
 - alle nach § 315 Abs. 2 HGB erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.
67. Uns sind keine nach Schluss des Geschäftsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

3. Übereinstimmung mit Deutschen Rechnungslegungs Standards

68. Nach der Einrichtung des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) als privates Rechnungslegungsgremium gem. § 342 HGB werden durch den Deutschen Standardisierungsrat (DSR) als Organ des DRSC Grundsätze der Konzernrechnungslegung erarbeitet.
69. Nach Bekanntmachung durch das Bundesministerium der Justiz gelten diese als Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung, die zu beachten sind.
70. Eine Nichtbeachtung dieser Grundsätze führt grundsätzlich nicht zur Einschränkung des Bestätigungsvermerks für den Konzernabschluss, sofern die Konzernrechnungslegung den handelsrechtlichen Vorschriften entspricht. Gleichwohl ist auf die Nichteinhaltung der Standards des DRSC hinzuweisen.

71. Der Konzernabschluss weicht in einzelnen Fällen von den Standards des DRSC ab. Die jeweilige Vorgehensweise entspricht jedoch den handelsrechtlichen Vorschriften und ist insoweit nicht zu beanstanden.



IV. Gesamtaussage des Konzernabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Konzernabschlusses

72. Unsere Prüfung hat ergeben, dass § 297 Abs. 2 Satz 2 HGB beachtet wurde und der Konzernabschluss - wie er sich aus dem Zusammenwirken von Konzernbilanz, Konzerngewinn- und Verlustrechnung, Konzernanhang, Konzernkapitalflussrechnung und Konzerneigenkapitalspiegel ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und Konsolidierungsmethoden

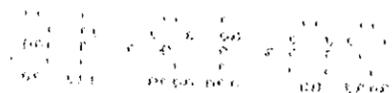
73. Wir verweisen auf die Angaben der gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens im Konzernanhang (Anlage 3).
74. Die folgenden wesentlichen Bewertungsgrundlagen und Konsolidierungsmethoden, die Inanspruchnahme von Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungswahlrechten sowie wertbestimmende Faktoren (Einfluss von wertbestimmenden Parametern auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen sowie Ermessensentscheidungen durch die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens) sind im Hinblick auf die Beurteilung der Gesamtaussage des Konzernabschlusses besonders zu erwähnen:

Behandlung nicht ertragbringender Vermögensgegenstände

75. Wie für einen kommunalen Querverbund-Konzern typisch, gehören zum SWH-Konzern auch Konzernunternehmen, die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge erfüllen, welche keine Gewinnerzielung ermöglichen. Grund dafür ist, dass aus sozialen, wirtschaftsfördernden und marktbeeinflussten Gründen keine kostendeckenden Entgelte erhoben werden.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Konzernunternehmen:

- HAVAG,
- Hafan,
- BHG und
- Maya mare.



76. Hinsichtlich der Vermögensgegenstände dieser konsolidierten Unternehmen werden in Übereinstimmung mit dem IDW Standard S 1 Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen unverändert grundsätzlich die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten der Bewertung zugrunde gelegt.

Bilanzierung bei der AWH

77. Gemäß den Regelungen des BMF-Schreibens vom 25. Juli 2005 zur steuerbilanziellen Behandlung von Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge von Deponien werden die seit dem 01. Juni 2005 angeschafften Vermögensgegenstände nicht mehr aktiviert, sondern als laufender Aufwand in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst. Da diese Aufwendungen in der Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge berücksichtigt sind, wird neben der Erfassung als sonstiger betrieblicher Aufwand die Inanspruchnahme der Rückstellung als sonstiger betrieblicher Ertrag gebucht.

78. Von der Gesellschaft waren für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Sicherheiten zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zu erbringen. Dazu hat die Gesellschaft innerhalb einer bestehenden Verpfändungsvereinbarung ihre Ansprüche auf Auszahlung, die sich bei der Verwertung der Wertpapiere im Rahmen der Stilllegung und Nachsorge ergeben, an das Land Sachsen-Anhalt abgetreten.

79. Unter Berücksichtigung des Verlaufs erfolgter Anhörungen und Verhandlungen mit dem Landesverwaltungsamt sowie erster Erfahrungen aus dem Stilllegungsbetrieb erfolgten weitere Überarbeitungen und Aktualisierungen der Kosten- und Erlöskalkulation. Die Kosten- und Erlöskalkulation mit dem aktuellen Bearbeitungsstand Februar 2013 liegt dem Ansatz und der Bewertung der gebildeten Rückstellung zum 31. Dezember 2012 zugrunde. Die Rekultivierungsanordnung vom 05. Juli 2008 des Landesverwaltungsamtes wurde entsprechend berücksichtigt.

Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB

80. Gemäß § 253 Abs. 2 HGB in der durch das BilMoG geänderten Fassung sind Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr abzuzinsen. Nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB kann auf die abzinsungsbedingte Auflösung der langfristigen Rückstellungen verzichtet werden, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Der Verzicht wurde wie folgt ausgeübt:

Unternehmen	Rückstellungsgründe	Differenz zur abgezinsten Rückstellung 31.12.2012 T€
AWH	Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge von Deponien	8.196
EVH	Abbruch und Rekultivierung, Grundbuchbereinigungsgesetz, Rückbauverpflichtungen, Vorruhestand	2.543
HWS	Sozialplan, Archivierung, Grunddienstbarkeiten	240
SWH	Drohverluste, Vorruhestand, Archivierung	163
		11.142

81. Durch Ausübung des Wahlrechtes aus Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden die Rückstellungen höher ausgewiesen. Wären die Rückstellungen im Rahmen der BilMoG-Umstellung aufgelöst worden, dann hätten die Auflösungsbeträge die Gewinnrücklagen erhöht (Art. 67 Abs. 1 Satz 3 EGHGB).

Aktive latente Steuern

82. Hinsichtlich der Aktivierung von latenten Steueransprüchen aus temporären Differenzen zwischen konzerneinheitlicher Bewertung und steuerbilanziellen Bewertungen macht der Konzern in Übereinstimmung mit dem DRS 18 vom Ansatzwahlrecht nach § 274 HGB Gebrauch. Das Wahlrecht wird stetig i. S. v. § 246 Abs. 3 HGB ausgeübt.

83. Der Verzicht auf den Ansatz aktiver latenter Steuern wirkt sich dahingehend aus, dass das Eigenkapital niedriger ist als bei Ansatz latenter Steuern.

Konsolidierung der OBS

84. Im Konzernanhang ist erläutert, dass die HAVAG und damit der Konzern zum 31. Dezember 2012 mit 51 % an der OBS beteiligt ist. Grundsätzlich besteht nach § 290 Abs. 2 Nr. 1 bei diesem Anteilsbesitz die Pflicht zur Vollkonsolidierung. Allerdings enthält der Gesellschaftsvertrag Regelungen, nach denen die Ausübung der Stimmrechte beeinträchtigt ist. Gemäß § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB hat der Konzern auf die Einbeziehung der OBS nach den Vorschriften über die Vollkonsolidierung verzichtet und behandelt die OBS unverändert als assoziiertes Unternehmen.
85. Wir haben die Voraussetzungen für den Verzicht auf die Vollkonsolidierung der OBS geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

3. Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und Konsolidierungsmethoden

86. Über die im Konzernanhang dargestellten und ausgeübten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungswahlrechte hinaus haben die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens keine weiteren Wahlrechte ausgeübt. Es ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine Änderungen in den Bewertungsgrundlagen und Konsolidierungsmethoden.

4. Wirtschaftliche Verhältnisse

a) Vermögenslage

87. In der folgenden Übersicht sind die Posten der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2011 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).
88. Dabei saldieren wir die Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes (T€ 10; Vorjahr T€ 31) mit dem Eigenkapital. Das so gekürzte Eigenkapital fassen wir mit dem Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung und den Sonderposten zusammen als Zwischensumme „Eigenkapitalpositionen“. Wegen der steuerlichen Situation des Konzerns ist u. E. der Fremdkapitalanteil in den Sonderposten - er wird in den Ertragsteuern auf die Auflösungserträge gesehen - unbedeutend.
89. Den langfristigen Forderungen, sonstigen Vermögensgegenständen und Rechnungsabgrenzungsposten ordneten wir auch den aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung zu (§ 246 Abs. 2 Satz 3 HGB, T€ 263; Vorjahr T€ 303).
90. Von den Wertpapieren des Umlaufvermögens ist der Teil, der ab dem Jahr 2014 für die Finanzierung der Deponienachsorge vorgesehen ist, als langfristig gebundenes Vermögen zu beurteilen.

	31.12.2012		31.12.2011		+/- T€
	T€	%	T€	%	
VERMÖGENSSTRUKTUR					
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	998.211	80,9	997.958	79,2	+253
Finanzanlagen	17.877	1,0	17.113	1,4	-5.236
Langfristige Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	3.285	0,3	3.354	0,3	-69
Wertpapiere langfristig	62.027	5,0	61.801	4,9	+226
Langfristig gebundenes Vermögen	1.075.400	87,1	1.080.226	85,7	-4.826
Vorräte	7.476	0,6	8.822	0,7	-1.346
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	100.234	8,1	82.216	6,5	+18.018
Wertpapiere kurzfristig	4.421	0,4	6.515	0,5	-2.094
Flüssige Mittel	46.990	3,8	82.139	6,5	-35.149
Kurzfristig gebundenes Vermögen	159.121	12,9	179.692	14,3	-20.571
Gesamtvermögen	1.234.521	100,0	1.259.918	100,0	-25.397
KAPITALSTRUKTUR					
31.12.2012 31.12.2011 +/-					
T€ % T€ % T€					
Eigenkapital	270.084	21,9	273.610	21,7	-3.526
Unterschiedsbetrag	71	0,0	10.883	0,9	-10.812
Sonderposten	290.567	23,5	287.828	22,8	+2.739
Eigenkapitalpositionen	560.722	45,4	572.321	45,4	-11.599
Rückstellungen langfristig	127.204	10,3	126.260	10,0	+944
Darlehen	366.862	29,7	386.020	30,6	-19.158
Langfristige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	10.211	0,9	11.530	0,9	-1.319
Langfristiges Kapital	1.064.999	86,3	1.096.131	87,0	-31.132
Rückstellungen kurzfristig	53.534	4,3	50.700	4,0	+2.834
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.236	2,9	32.153	2,6	+3.083
Andere Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	80.752	6,5	80.934	6,4	-182
Kurzfristiges Kapital	169.522	13,7	163.787	13,0	+5.735
Gesamtkapital	1.234.521	100,0	1.259.918	100,0	-25.397

91. Kennzahlen zur Vermögenslage:

			2012	2011	2010	2009	2008	
Anlagendeckung I	=	$\frac{\text{Eigenkapitalpositionen}}{\text{Anlagevermögen}}$	%	55,5	56,1	55,9	65,5	57,0
Anlagendeckung II	=	$\frac{\text{Langfristiges Kapital}}{\text{Anlagevermögen}}$	%	105,4	107,4	107,9	114,9	98,6
Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}}$	%	81,8	81,0	79,6	77,4	88,9
Wertberichtigungsquote Anlagevermögen	=	$\frac{\text{Kumulierte Abschreibungen}}{\text{Anschaffungs- und Herstellungskosten}}$	%	53,9	52,3	51,8	50,5	46,9
Eigenkapitalquote I	=	$\frac{\text{Bilanzielles Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	%	21,9	21,7	21,8	28,8	25,9
Eigenkapitalquote II	=	$\frac{\text{Eigenkapitalpositionen}}{\text{Gesamtkapital}}$	%	45,4	45,4	44,5	50,7	50,7
Langfristige Verschuldung	=	$\frac{\text{Langfristiges Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	%	40,9	41,6	41,4	38,2	37,0
Kurzfristige Verschuldung	=	$\frac{\text{Kurzfristiges Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$	%	13,7	13,0	14,1	11,1	12,3
Working Capital	=	$\frac{\text{Kurzfristiges Vermögen} - \text{abzögl. kurzfristiges Fremdkapital}}$	T€	-10.401	15.905	19.135	148.763	-18.630
Reichweite der Forderungen aus Lieferung und Leistung	=	$\frac{\text{Forderungsbestand} \times 360}{\text{Umsatzerlöse}}$	Tage	41,4	39,7	33,2	38,2	42,3

	31.12.2012	31.12.2011	+/-
Bilanzsumme (T€)	1.234.521	1.259.918	-25.397
Eigenkapitalpositionen (T€)	560.722	572.321	-11.599
Dgl. Anteil an der Bilanzsumme (%)	45,4	45,4	-0,0
Deckung des langfristig gebundenen Vermögens durch langfristiges Kapital (%)	99,0	101,5	-2,4

92. Die Kennzahlen zur Vermögenslage bestätigen das unverändert zufriedenstellende Bilanzbild. Sie zeigen eine andauernd stabile Vermögenslage des Konzerns. Die Bilanzsumme nahm um € 25,4 Mio. oder 2,0 % ab. Für diese Entwicklung waren vor allem der Rückgang der flüssigen Mittel auf der Aktivseite bzw. die Darlehenstilgungen auf der Passivseite der Bilanz maßgebend.

93. Das Bild der Konzernbilanz zeigt die Anlagenlastigkeit der Unternehmen des SWH-Konzerns. Dominierend sind das Anlagevermögen und die langfristigen Finanzmittel. Unverändert ausgewogen ist die Finanzierung, was folgende Übersicht verdeutlicht:

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€	+/- T€
Langfristiges Kapital	1.064.999	1.096.131	-31.132
Langfristig gebundenes Vermögen	1.075.400	1.080.226	-4.826
Finanzmittelunterdeckung / -überhang	-10.401	15.905	-26.306

94. Die Entwicklung im Jahr 2012 beruht im Wesentlichen darauf, dass Darlehen getilgt wurden (€ 19,5 Mio. Rückgang) und im Gegenzug die flüssigen Mittel gesunken sind.

95. Bei den Immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen ergaben sich folgende Veränderungen:

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
Anfangsstand 01.01.	997.958	998.902
Zugänge	68.328	67.297
Abgänge	-3.053	-1.708
Änderung des Konsolidierungskreises	45	-
Abschreibungen		
- planmäßig	-65.063	-66.522
- außerplanmäßig	-4	-11
Endstand 31.12.	998.211	997.958

96. Im Geschäftsjahr 2012 gleichen sich die Investitionen und Abschreibungen nahezu aus, so dass sich die Restbuchwerte nur geringfügig um T€ 253 erhöhten. Von den Investitionen entfallen € 26,9 Mio. auf die HWS, € 21,4 Mio. auf die HAVAG und € 17,0 Mio. auf die EVH.

97. Innerhalb der Finanzanlagen stehen € 0,3 Mio. Zugängen Abgänge von € 0,4 Mio. und Abschreibungen von € 5,2 Mio. gegenüber. Die Zu- und Abgänge umfassen im Wesentlichen die anteiligen Jahresergebnisse von assoziierten Unternehmen. Überwiegend aufgrund des Auslaufens der KWK-G-Förderung ab dem Jahr 2017 ergeben sich für die Beteiligung an der KWT negative Ertragserwartungen. Sie wurde deshalb bis auf € 1,00 Erinnerungswert abgeschrieben.

98. Von den langfristigen Wertpapieren entfallen € 60,0 Mio. (Vorjahr € 56,8 Mio.) auf die AWH und € 2,0 Mio. (Vorjahr € 5,0 Mio.) auf die SWH.

99. Die Vorräte sanken vor allem bei der EVH aufgrund des gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Bestands an Emissionsrechten. Der Anteil der Vorräte an der Bilanzsumme ist unverändert gering.

100. Insbesondere höhere Sonstige Vermögensgegenstände und Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, führten zum Anstieg dieses Postens um € 18,0 Mio. Dazu beigetragen haben Energiesteuervorauszahlungen und Erlösabgrenzungen bei der EVH sowie höhere Forderungen der SWH gegen die KWT.

101. Von den kurzfristigen Wertpapieren entfallen € 4,2 Mio. (Vorjahr € 6,3 Mio.) auf die AWH und € 0,2 Mio. (Vorjahr € 0,2 Mio.) auf die SWH.

102. Im folgenden Berichtsabschnitt wird die Veränderung der flüssigen Mittel erläutert. Der Finanzmittelfonds wurde wie folgt definiert:

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
Flüssige Mittel	46.990	82.139
abzüglich		
verpfändete Bankguthaben	-186	-186
	46.804	81.953
Wertpapiere	229	197
Cash-Pool-Forderungen / -Verbindlichkeiten	113	-464
jederzeit fällige Verbindlichkeiten	-2	0
Endstand 31.12.	47.144	81.686

103. Der Rückgang der flüssigen Mittel (ohne Avalsicherheit) um € 35,1 Mio. ist vor allem im Zusammenhang mit der Tilgung der Darlehen zu sehen.

104. Mindernd auf die Eigenkapitalpositionen wirken sich vor allem die Auflösungen des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung und der Konzernjahresfehlbetrag aus. Diese Reduzierungen konnten nicht von den Zugängen zum Sonderposten ausgeglichen werden. Wegen des Rückgangs der Bilanzsumme beträgt der Anteil der Eigenkapitalpositionen am Gesamtkapital unverändert 45,4 %.

105. Die langfristigen Rückstellungen entfallen auf folgende Unternehmen:

	31.12.2012 T€	31.12.2011 T€
AWH	56.918	55.977
EVH	28.425	31.782
SWH	11.824	2.784
HWS	11.272	11.291
HAVAG	11.046	13.479
Netzgesellschaft Halle	6.384	9.680
ITC	1.253	1.001
Andere	82	266
	<u>127.204</u>	<u>126.260</u>

106. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind um € 19,2 Mio. gesunken. Dagegen stiegen die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um € 3,1 Mio. Insgesamt stehen den Darlehensaufnahmen von € 28,0 Mio. Tilgungen von € 44,1 Mio. gegenüber.

107. Bei eher geringeren Veränderungen der langfristigen Rückstellungen und der kurzfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich die kurzfristigen Rückstellungen um T€ 2.834. Zum Anstieg beigetragen haben vor allem die Rückstellung für Gewerbesteuer bei der SWH, die Rückstellung für Abwasserabgabe bei der HWS und die Verpflichtungen aus ausstehenden Rechnungen bei der Netzgesellschaft Halle.

b) Finanzlage

108. Die nachfolgende Übersicht ist aus der Konzern-Kapitalflussrechnung (Anlage 5) übernommen. Die Entwicklung des Konzern-Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	2012 T€	2011 T€
Cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	21.570	43.267
Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	-56.556	-71.131
Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	444	23.090
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-34.542	-4.774
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	81.686	86.460
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	47.144	81.686

109. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit um € 21,7 Mio. niedriger, insbesondere weil die kurzfristigen Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind (u.a. der Forderungsbestand), zunahmen. Deutlich reduziert um € 14,6 Mio. gegenüber dem Vorjahr ist der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit.

110. Unter Berücksichtigung der Einzahlungen in Sonderposten und von Betriebskostenzuschüssen in Höhe von insgesamt € 16,5 Mio. und des Abbaus der Verschuldung bei Kreditinstituten von € 16,0 Mio. minderte sich der Finanzmittelfonds um € 34,5 Mio.

111. Wie unter Tz. 93 gezeigt, besteht zum Bilanzstichtag eine Finanzmittelunterdeckung von € 10,4 Mio. Gegenüber dem Vorjahresstichtag (Finanzmittelüberhang von € 15,9 Mio.) ist das eine Veränderung um € 26,3 Mio. Gleichwohl ist die Finanzlage des Konzerns unverändert als gut einzuschätzen. Zusätzlich zu den vorhandenen flüssigen Mitteln von € 47,1 Mio. verfügt die SWH über Kreditlinien bei Banken. Wegen der konzernweiten Liquiditätssteuerung im Cash-Pool und der Richtlinie zu Darlehensaufnahmen ist die Zahlungsfähigkeit der Konzernunternehmen u. E. ausreichend gewährleistet. Bei der Beurteilung der Finanzmittelunterdeckung ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der kurzfristigen Rückstellungen revolving sind und / oder nicht unmittelbar nach dem Bilanzstichtag zu Auszahlungen führen (z.B. Rückstellungen für Jahresabschluss, Urlaub, Abwasserabgabe, Steuern).

c) Ertragslage

112. Die aus der Konzerngewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2012 und 2011 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen. Dabei wurden aus den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen einzelne Vorgänge dem neutralen Bereich zugeordnet.

	2012		2011		+/- T€
	T€	%	T€	%	
ERGEBNISSTRUKTUR					
Umsatzerlöse	588.828	91,7	573.177	93,0	15.651
Bestandsveränderung	-194	0,0	390	0,1	-584
Aktivierete Eigenleistungen	4.635	0,7	5.080	0,8	-445
Übrige betriebliche Erträge	48.777	7,6	37.487	6,1	11.290
Betriebsleistung	642.046	100,0	616.134	100,0	25.912
Materialaufwand	363.082	56,6	349.726	56,8	13.356
Konzessionsabgabe	8.521	1,3	9.196	1,5	-675
	371.603	57,9	358.922	58,3	12.681
Personalaufwand	117.416	18,3	114.345	18,6	3.071
Abschreibungen	65.089	10,1	66.543	10,8	-1.454
Erfolgsunabhängige Steuern	1.536	0,2	1.545	0,3	-9
Übrige betriebliche Aufwendungen	63.215	9,8	59.817	9,7	3.398
Betriebliche Aufwendungen	618.859	96,4	601.172	97,6	17.687
Betriebsergebnis (vor Zinsen)	23.187	3,6	14.962	2,4	8.225
Zinsen für Investitionsdarlehen	17.236	2,7	18.004	2,9	-768
Betriebsergebnis (netto)	5.951	0,9	-3.042	-0,5	8.993
Beteiligungs- und Finanzerträge	3.751	0,6	4.015	0,7	-264
Beteiligungs- und Finanzaufwendungen	7.376	1,1	3.666	0,6	3.710
Finanzergebnis	-3.625	-0,6	349	0,1	-3.974
Neutrale Erträge	19.411	3,0	27.074	4,4	-7.663
Neutrale Aufwendungen	23.179	3,6	10.020	1,6	13.159
Neutrales Ergebnis	-3.768	-0,6	17.054	2,8	-20.822
Ergebnis vor Ertragsteuern	-1.442	-0,2	14.361	2,3	-15.803
Ertragsteuern	2.102	0,3	-1.347	-0,2	3.449
Konzernjahresergebnis	-3.544	-0,6	15.708	2,5	-19.252

113. Geprägt wird das Bild der Ertragslage des Konzerns von einem um € 9,0 Mio. besseren (Netto-) Betriebsergebnis. Grundlage dieser Entwicklung ist die Erhöhung der Betriebsleistungen um

€ 25,9 Mio. Dem gegenüber steht eine Erhöhung der betrieblichen Aufwendungen von € 17,7 Mio. Im Saldo dieser Entwicklungen einschließlich der um € 0,8 Mio. gesunkenen Darlehenszinsen ergibt sich ein (Netto-)Betriebsergebnis von € 5,9 Mio. nach einem negativen (Netto-)Betriebsergebnis von € 3,0 Mio. im Vorjahr.

114. Dieser Verbesserung um € 9,0 Mio. stehen ein um € 4,0 Mio. niedrigeres Finanzergebnis sowie ein um € 20,8 Mio. vermindertes neutrales Ergebnis gegenüber. Insbesondere das um € 20,8 Mio. niedrigere neutrale Ergebnis führte zu einer Verminderung des Ergebnisses vor Ertragsteuern um € 15,8 Mio. Darüber hinaus führte die Erhöhung der Steuerbelastung um € 3,4 Mio. zu einem Rückgang des Konzernjahresergebnisses um € 19,3 Mio. (Fehlbetrag: € 3,5 Mio.). Von dem Rückgang entfallen allein € 15,2 Mio. auf Vorgänge im Zusammenhang mit der KWT (Abschreibung des Beteiligungswertes, Rückstellungen und Wertberichtigung von Forderungen).

115. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um € 15,7 Mio. oder 2,7 % gestiegen. Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Stromlieferungen (saldiert mit Aufwendungen für Stromsteuer)	192.260	192.963	-703
Gaslieferungen	101.880	101.442	+438
Wärmelieferungen	58.226	54.760	+3.466
Netznutzungsentgelte	24.004	21.884	2120
Umsatz Energie	376.370	371.049	+5.321
Abwasserentsorgung	43.257	40.309	+2.948
Trinkwasserlieferungen	32.780	32.072	+708
Umsatz Wasser	76.037	72.381	+3.656
Öffentlicher Personennahverkehr	37.098	37.609	-511
Entsorgungsleistungen	21.891	22.087	-196
Reinigungsleistungen	10.931	11.219	-288
IT-Dienstleistungen	7.887	7.424	+463
Betrieb Bäder	5.614	5.204	410
Hafenbahn- und Umschlagleistungen	1.775	1.264	+511
Vermietung und Verpachtung	516	465	+51
Vermietung von Werbeflächen	363	436	-73
Sonstige Umsatzerlöse	50.346	44.039	+6.307
	136.421	129.747	+6.674
	588.828	573.177	+15.651

116. Absatzmäßig war die Entwicklung wie folgt:

	2012 GWh	2011 GWh	+/- GWh	%
Strom	1.598,6	1.699,5	-100,9	-5,9
Gas	2.471,8	2.786,6	-314,8	-11,3
Wärme	802,5	675,9	126,6	+18,7
	4.872,9	5.161,9	-289,0	-5,6

117. Insbesondere weil Abnahmestellen des Landes Sachsen-Anhalt und andere Kunden den Lieferanten wechselten sowie wegen eines rückläufigen Absatzes im Portfolioausgleich ging der Stromabsatz zurück. Im Umsatz wirkte sich insbesondere die zum 01. Januar 2012 wirksam gewordene Preisanpassung für Privat- und Gewerbekunden, als Folge des Anstiegs der EEG-Umlage, gegenläufig aus.

118. Der Gasabsatz ging aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs sowie aufgrund des rückläufigen Gasabsatzes an die KWT zurück. Im Umsatz gegenläufig wirkten sich auch hier die Preisanpassungen im Privat- und Gewerbekundensegment zum 01. November 2011 und beim Absatz an Großkunden und die KWT aus.

119. Der Wärmeabsatz erhöhte sich insbesondere temperaturbeeinflusst um 126,6 GWh auf 802,5 GWh.

120. Den Umsatzerlösen aus Trinkwasserlieferungen und Abwasserbeseitigung liegen gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich veränderte Absatzmengen zu Grunde. Der Anstieg der Umsätze in den Bereichen ist im Wesentlichen auf Preiseffekte zurückzuführen.

121. Die Entwicklung der aktivierten Eigenleistungen hängt mit Art und Umfang der getätigten Investitionen zusammen. In den übrigen betrieblichen Erträgen enthalten sind im wesentlichen mit € 15,9 Mio. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (betriebswirtschaftlich ein Korrekturposten zu den Abschreibungen auf Sachanlagen), mit € 6,6 Mio. Betriebskostenzuschüsse, mit € 4,1 Mio. Erträge aus Betriebsführungen sowie Erträge aus Zuschüssen, Leistungen für Dritte, Mieterlösen, Zuschreibungen zu Wertpapieren, Rückstellungsaufösungen und Zuschüsse für Verkehrsbaumaßnahmen.

122. Die Zusammensetzung des Materialaufwandes zeigt folgende Tabelle:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Strombezug	103.735	101.953	+1.782
EEG-Umlage	37.855	37.559	+296
Belastungsausgleich KWK	474	238	+236
	142.064	139.750	+2.314
Gas	42.712	38.866	+3.846
Brennstoffe	47.201	43.372	+3.829
Gaspeicherungsgeschäfte	-369	-1.887	+1.518
	89.544	80.351	+9.193
Fernwärmebezug	26.434	26.434	+0
Zuschläge gemäß § 4 KWK-G	294	248	+46
Fernwasserbezug	8.158	7.216	+942
Sonstige	22.590	24.512	-1.922
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	289.084	278.511	10.573
Netznutzungsentgelt	36.186	31.520	+4.666
Entgelte für vermiedene Netznutzung	3.985	6.142	-2.157
Abfallverwertung/-entsorgung	3.949	5.910	-1.961
Sonstige	29.878	27.642	2.236
Aufwendungen für bezogene Leistungen	73.998	71.214	+2.784
Konzessionsabgabe (Strom, Gas, Wasser)	8.521	9.196	-675
	371.603	358.921	+12.682

123. Entscheidend für den Anstieg des Materialaufwandes um € 12,7 Mio. oder 3,5 % waren die Preiserhöhungen für den Energiebezug.

124. Im Personalaufwand sind enthalten:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Löhne und Gehälter	95.316	92.712	+2.604
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	22.100	21.633	+467
	117.416	114.345	+3.071

125. Bei einem niedrigeren Personalbestand von durchschnittlich 2.701 (Vorjahr 2.720) Mitarbeitern (inklusive Auszubildenden, passiven Altersteilzeiten und ruhenden Arbeitsverhältnissen; vgl. Konzernanhang, Anlage 3) beruht die Zunahme des Personalaufwandes um € 3,1 Mio. oder 2,7 % auf tariflichen Lohnsteigerungen und weiteren Zuführungen zu Personalarückstellungen.

126. Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sanken um € 1,5 Mio. oder 2,2 % (Vorjahr € 2,3 Mio. oder 3,3 %). Ohne größere Neuinvestitionen wird sich dieser Trend fortsetzen.

127. Größere Posten der übrigen betrieblichen Aufwendungen sind:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Instandhaltungen	16.017	15.696	321
Mieten und Pachten	12.731	12.830	-99
Rechts- und Beratungskosten,			
Jahresabschluss	4.925	4.925	0
Öffentlichkeitsarbeit	3.363	4.267	-904
Versicherungen	2.282	2.367	-85
Leasing	1.848	1.787	61
Büro- und Verwaltungsmaterial	1.590	1.554	36
Aus- und Weiterbildung	1.172	1.366	-194
Sonstiges	19.287	15.025	4.262
	63.215	59.817	3.398

128. Die Zunahme im Posten Sonstiges hängt mit verschiedenen Rückstellungszuführungen zusammen.

129. Als Folge des allgemein niedrigeren Zinsniveaus gingen die Zinsen für Investitionsdarlehen um 4,3 % (€ 0,8 Mio.) zurück. Nach Verrechnung dieser Zinsen verbleibt ein positives (Netto)-Betriebsergebnis von € 5,9 Mio. (Vorjahr negatives (Netto)-Betriebsergebnis von € 3,1 Mio.).

130. Zum Finanzergebnis haben beigetragen:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Zinserträge	1.538	3.668	-2.130
Erträge aus Beteiligungen und aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	2.213	347	1.866
	<u>3.751</u>	<u>4.015</u>	<u>-264</u>
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.002	1.780	+222
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	5.169	702	+4.467
Verluste aus Beteiligungen	205	1.184	-979
	<u>7.376</u>	<u>3.666</u>	<u>+3.710</u>
	<u>-3.625</u>	<u>349</u>	<u>-3.974</u>

131. Die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens beinhalten mit T€ 101 Erträge aus assoziierten Unternehmen.

132. Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen die KWT mit T€ 5.169.

133. Die neutralen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung	10.812	10.944	-132
Auflösung von Rückstellungen	4.303	5.991	-1.688
Periodenfremde Erlöse und Erträge	2.139	2.094	+45
Schadenersatz	1.125	956	+169
Ausbuchung von Verbindlichkeiten	405	0	+405
Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen	342	501	-159
Erträge aus Anlagenabgängen	225	806	-581
Übrige	60	5.782	-5.722
	<u>19.411</u>	<u>27.074</u>	<u>-7.663</u>

134. Vom Posten Übrige entfielen im Vorjahr € 4,3 Mio. auf die EVH und die Netzgesellschaft Halle und betrafen eine Vielzahl von neutralen Erträgen.

135. Die neutralen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	2011 T€	+/- T€
Zuführung zur Rückstellung für Drohverluste	14.677	0	+14.677
Übrige	1.808	1.370	+438
Zuführung zu Wertberichtigungen auf Forderungen/Forderungsverluste	4.006	1.738	2.268
Altersteilzeit/Sozialplan/Abfindungen	1.257	5.611	-4.354
Periodenfremde Aufwendungen	923	776	+147
Verluste aus Anlagenabgang	262	305	-43
Übrige	246	220	+26
	<u>23.179</u>	<u>10.020</u>	<u>13.159</u>

136. Ursächlich für den Anstieg der neutralen Aufwendungen waren die Zuführungen zu Rückstellungen für drohende Verluste aufgrund von negativen Ertragserwartungen bei der KWT (€ 9,0 Mio.) und aus schwebenden Geschäften im Zusammenhang mit Gasabnahmeverpflichtungen für die Stromerzeugung und Gasbezugsverträgen, die nicht aus Erlösen finanziert werden können, bei der EVH (€ 4,6 Mio.). Da gleichzeitig die neutralen Erträge zurückgingen, nahm das neutrale Ergebnis insgesamt um € 20,8 Mio. ab.

137. Diese besonderen Einflüsse auf die Ertragslage sowie das verminderte Finanzergebnis ergeben gemeinsam mit den Ertragsteuern einen Konzernjahresverlust von € 3,5 Mio. nach einem Konzernjahresgewinn von € 15,7 Mio. im Jahr 2011. Das Konzernjahresergebnis wurde bei der Aufstellung des Konzernjahresabschlusses mit den Rücklagen verrechnet.

E. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

I. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

138. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir am 24. Mai 2013 dem als Anlagen 1 bis 5 beigefügten Konzernabschluss der Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale), zum 31. Dezember 2012 und dem als Anlage 6 beigefügten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der

**Stadtwerke Halle GmbH,
Halle (Saale)**

aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalpiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des von dem Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und von dem Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

II. Schlussbemerkung

Bei Veröffentlichungen oder Weitergaben des Konzernabschlusses und / oder des Konzernlageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Halle (Saale), 24. Mai 2013



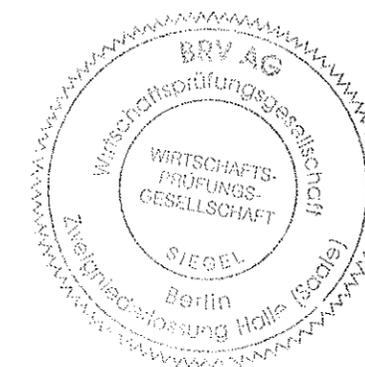
BRV AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Kanne

Wirtschaftsprüfer


Noack

Wirtschaftsprüfer



BRV AG
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESellschaft
Halle (Saale)

Anlagen

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012
- Anlage 2 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012
- Anlage 3 Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2012 einschließlich Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2012
- Anlage 4 Konzern-Kapitalflussrechnung 2012
- Anlage 5 Konzern-Eigenkapitalpiegel 2012
- Anlage 6 Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2002

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

AKTIVSEITE				PASSIVSEITE			
		31.12.2012	31.12.2011			31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR
A. Aufwendungen für die Inangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs		10.063,00	31.338,00	A. Eigenkapital			
B. Anlagevermögen				I. Gezeichnetes Kapital	30.000.000,00		30.000.000,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				II. Kapitalrücklage	24.908.009,81		24.908.009,81
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.848.344,28		3.754.161,44	III. Erwirtschaftetes Kapital			
2. Geschäfts- oder Firmenwert	1.279.387,96		2.558.775,94	Gewinnrücklagen der einbezogenen Unternehmen	216.223.677,15		219.772.546,15
3. Geleistete Anzahlungen	241.945,70		363.458,17	IV. Anteile anderer Gesellschafter	-1.038.163,67		-1.039.446,33
		5.369.677,94	6.676.395,55	V. Konzern-Bilanzgewinn	0,00		0,00
II. Sachanlagen						270.093.523,29	273.641.109,63
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	122.820.361,31		126.530.157,02	B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung		71.292,97	10.883.342,97
2. Technische Anlagen und Maschinen	798.576.986,26		801.416.111,55	C. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge		290.567.258,97	287.828.261,72
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.953.177,94		18.686.324,90	D. Rückstellungen			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	51.490.931,30		44.648.922,52	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.046.904,00		2.745.463,93
		992.841.456,81	991.281.515,99	2. Steuerrückstellungen	3.159.081,14		2.271.818,12
III. Finanzanlagen				3. Sonstige Rückstellungen	176.531.565,92		171.943.003,43
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	25.000,00		50.000,00			180.737.571,06	176.960.285,48
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	8.172.863,38		13.384.383,53	E. Verbindlichkeiten			
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	1.122.637,17		1.122.637,17	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	402.098.568,99		418.172.994,63
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	2.000.000,00		5.000.000,00	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.231.574,64		2.614.180,61
5. Sonstige Ausleihungen	2.556.459,41		2.556.459,41	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	47.470.838,21		50.458.855,07
		13.876.959,96	22.113.480,11	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	60.074,39		832.706,22
		1.012.088.094,71	1.020.071.391,85	5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	521.396,33		1.157.860,86
C. Umlaufvermögen				6. Sonstige Verbindlichkeiten	23.610.586,29		22.273.632,78
I. Vorräte				davon aus Steuern: EUR 9.567.520,84 (Vorjahr: EUR 6.917.844,24)			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.436.331,89		7.583.268,03	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 231.533,38 (Vorjahr: EUR 10.720,22)			
2. Unfertige Leistungen	603.432,79		1.118.616,31			476.993.038,85	495.510.230,17
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	435.976,08		103.341,74	F. Rechnungsabgrenzungsposten		16.068.540,48	15.125.945,10
4. Geleistete Anzahlungen	0,00		16.623,25				
		7.475.740,76	8.821.849,33				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	67.675.639,40		63.263.747,55				
2. Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	189.148,56		1.541.562,84				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.471.470,35		310.734,21				
4. Sonstige Vermögensgegenstände	28.401.347,22		17.783.240,57				
		99.737.605,53	82.899.285,17				
III. Wertpapiere							
Sonstige Wertpapiere	64.447.999,03		63.315.668,63				
		64.447.999,03	63.315.668,63				
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks							
		46.989.788,18	82.138.883,80				
		218.651.133,50	237.175.686,93				
D. Rechnungsabgrenzungsposten		3.518.919,69	2.368.213,13				
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		263.014,72	302.545,36				
		1.234.531.225,62	1.259.949.175,07			1.234.531.225,62	1.259.949.175,07

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2012

	EUR	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse		588.827.689,99	574.038.348,75
2. Verminderung (-) oder Erhöhung (+) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-193.722,44	389.877,36
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		4.634.474,66	5.079.785,76
4. Sonstige betriebliche Erträge		67.855.477,81	63.180.660,05
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	289.083.598,78		278.902.464,29
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	73.998.135,96		71.214.120,01
		363.081.734,74	350.116.584,30
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	95.315.988,21		92.711.254,69
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 3.602.093,37 (Vorjahr: EUR 3.912.543,39)	22.100.088,32		21.633.266,67
		117.416.076,53	114.344.521,36
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		65.088.843,37	66.553.801,46
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		87.981.232,40	73.018.397,05
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 100.486,59 (Vorjahr: EUR 137.648,85)		176.725,02	137.648,85
10. Verluste aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 205.164,82 (Vorjahr: EUR 879.444,65)		205.164,82	879.444,65
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		2.036.773,95	237.657,21
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 501,33 (Vorjahr: EUR 12.381,09)		1.537.507,46	3.638.716,44
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		5.169.124,15	701.768,42
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00	304.923,87
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 1,94 (Vorjahr: EUR 30,87)		19.238.513,65	19.783.781,09
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>6.694.236,79</u>	<u>20.999.472,22</u>
17. Außerordentliche Erträge		333.411,08	517.698,15
18. Außerordentliche Aufwendungen		6.934.207,10	5.610.948,49
19. Außerordentliches Ergebnis		-6.600.796,02	-5.093.250,34
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.101.582,78	-1.347.265,12
21. Sonstige Steuern		1.536.181,33	1.545.235,88
22. Konzernjahresfehlbetrag (-) / Konzernjahresüberschuss (+)		<u>-3.544.323,34</u>	<u>15.708.251,12</u>
23. Einstellungen in Gewinnrücklagen		0,00	15.705.226,14
24. Entnahme aus Gewinnrücklagen		3.551.990,01	0,00
25. Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn		7.666,67	3.024,98
26. Konzern-Bilanzgewinn		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

Anhang zum Konzernabschluss zum 31. Dezember 2012

I. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag des Jahresabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), den 31. Dezember 2012, aufgestellt. Die Jahresabschlüsse aller zum Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen sind ebenfalls zum 31. Dezember 2012 aufgestellt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Für den Jahresabschluss der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale), fanden zudem die Vorschriften des Aktiengesetzes und die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen in der Fassung vom 13. Juli 1988 Anwendung.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind außerdem einheitlich nach der „Richtlinie für die Erstellung der Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen und des Konzernabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH“ aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen § 298 Abs. 1 HGB i. V. m. §§ 265, 266 und § 275 HGB mit Ausnahme der konsolidierungsspezifischen Posten und weiteren, den Besonderheiten von Konzernunternehmen entsprechenden Posten.

Der Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Konzernjahresergebnisses aufgestellt.

II. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

1. Konzernunternehmen

In den Konzernabschluss werden gemäß § 294 Abs. 1 HGB die SWH als Mutterunternehmen und alle unter deren einheitlicher Leitung stehenden 18 (Vorjahr: 17) Tochterunternehmen mit Sitz im Inland einbezogen. Mit 11 der 18 Tochterunternehmen bestehen Ergebnisabführungsverträge (EAV).

Für die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale), wird beginnend ab 2012 auf die Anwendung des Wahlrechts der Nichteinbeziehung nach § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Konzernunternehmen sind:

1.	Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale) (SWH)		
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	173.013.056,04
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	205.611,88
2.	Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale) (HAVAG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	83.582.738,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
3.	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Halle (Saale) (HWS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	70.997.778,95
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
4.	Hafen Halle GmbH, Halle (Saale) (Hafen)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	731.102,56
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
5.	EVH GmbH, Halle (Saale) (EVH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	77.917.373,71
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00

6.	TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Halle (Saale) (TELONON)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	25.564,59
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
7.	RPL Recyclingpark Lochau GmbH i. L., Schkopau (RPL)		
	Anteil am Kapital	%	75,1
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	75.664,52
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	-18.463,45
8.	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH, Halle (Saale) (FTZ)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	48.396,21
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	1.434,76
9.	Maya mare GmbH & Co. KG, Halle (Saale) (Maya mare)		
	Anteil am Kapital	%	94,9
			(82,4 unmittelbar, 12,5 mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	3.518.293,14
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, vor Belastung der Kapitalkonten)	EUR	0,00
10.	W + H Wasser- und Haustechnik GmbH, Halle (Saale) (W + H)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
			(mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	224.610,70
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
11.	IT-Consult Halle GmbH, Halle (Saale) (IT-Consult)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	521.626,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
12.	Bäder Halle GmbH, Halle (Saale) (BHG)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	788.968,64
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	15.030,38

13.	Energieversorgung Halle Netz GmbH, Halle (Saale) (Netzgesellschaft Halle)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
14.	WER - Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH, Halle (Saale) (WER)		
	Anteil am Kapital	%	60,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	664.427,98
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	22.605,55
15.	Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) (SGS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0 (mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	129.084,70
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	1.118,34
16.	RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (RAB)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	1.707.907,42
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
17.	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale) (Cives)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00
18.	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale) (AWH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	5.807.200,28
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2012)	EUR	2.335.301,45
19.	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale) (SHS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital des Geschäftsjahres (2012)	EUR	21.878,99
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2012, EAV)	EUR	0,00

Auf die Einbeziehung der nachfolgenden Gesellschaft in den Konzernabschluss der SWH wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da ihr Jahresergebnis, ihre Umsatzerlöse und ihre Bilanzsumme weniger als 1 % des Konzernjahresergebnisses und Konzernumsatzes ausmachen:

Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)		
Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
Eigenkapital des Geschäftsjahres (2012)	EUR	25.110,81
Ergebnis des Geschäftsjahres (2012)	EUR	110,81

2. Assoziierte Unternehmen

Gemäß § 311 Abs. 1 HGB werden unverändert sieben Unternehmen mit Sitz im Inland als assoziierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen.

1.	HAL Sanierungs- und Entwicklungsgesellschaft Halle mbH i. L., Halle (Saale) (HAL-SAN)		
	Anteil am Kapital	%	30,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2000	EUR	173.451,72
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2000)	EUR	-147.993,04
2.	Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, Halle (Saale) (KWT)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	763.015,30
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2012)	EUR	-9.575.234,98
3.	A/V/E GmbH, Halle (Saale) (A/V/E)		
	Anteil am Kapital	%	23,9
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	1.861.114,55
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2012)	EUR	313.847,88
4.	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	119.571,90
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2012)	EUR	-12.958,00

5.	Saalebus GmbH, Halle (Saale) (Saalebus)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	130.460,69
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2012)	EUR	45.989,56
6.	OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale) (OBS)		
	Anteil am Kapital	%	51,0
			(mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	4.622.646,01
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2011)	EUR	2.587,92
7.	Meter 1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	33,3
			(mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2012	EUR	317.178,22
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2012, vor Belastung auf Kapitalkonten)	EUR	-596.057,45

Aufgrund des Erwerbs weiterer 18 % Geschäftsanteile an der unter Ziff. 6. aufgeführten OBS im Geschäftsjahr 2011 ist der SWH-Konzern am Bilanzstichtag zu 51 % an der OBS beteiligt. Aufgrund der Neuregelungen im Gesellschaftsvertrag der OBS sind das Konzern-Mutterunternehmen und die die Beteiligung haltende HAVAG erheblich und andauernd an der Ausübung seiner Stimmrechte beeinträchtigt. In Anwendung des § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB wird auf die Einbeziehung der OBS als Tochterunternehmen nach den Vorschriften der Vollkonsolidierung verzichtet und die OBS wie in Vorjahren als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

3. Beteiligung an übrigen Unternehmen

1.	EWAG Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra (EWAG)		
	Anteil am Kapital	%	20,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	EUR	816.643,84
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2011)	EUR	214.429,62

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 HGB. Dabei werden die Beteiligungsbuchwerte des Mutterunternehmens mit dem zum Zeitpunkt ihres Erwerbs entsprechenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens aufgerechnet mit Ausnahme der WER, der Cives und der RAB, für die die Beteiligungsbuchwerte der HWS und der SWH mit dem Eigenkapital der WER, der Cives und der RAB zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung am 31. Dezember 2007 (WER), 1. Januar 2009 (Cives) und 31. Dezember 2008 (RAB) aufgerechnet wurden. Die Einbeziehung der Tochterunternehmen der HWS (W + H, WER, Cives), der EVH (Netzgesellschaft Halle) und der HAVAG (SGS) erfolgte in Form der Kettenkonsolidierung. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde auf Erwerbsvorgänge, die vor dem 1. Januar 2010 erfolgt sind, die Buchwertmethode angewendet. Auf nach diesem Stichtag erfolgte Erwerbsvorgänge findet die Neubewertungsmethode Anwendung.

Für die im Geschäftsjahr 2012 erstmalig als Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogene SHS wurde der Beteiligungsbuchwert des Mutterunternehmens mit dem Eigenkapital des Tochterunternehmens im Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile aufgerechnet. Die im Zeitraum zwischen dem Erwerb der Anteile am 14. Dezember 2010 bis zum 31. Dezember 2011 erzielten Jahresergebnisse der SHS wurden erfolgsneutral mit den Konzern-Gewinnrücklagen verrechnet.

Ein aus der Aufrechnung des Beteiligungsbuchwerts des Mutterunternehmens mit dem Eigenkapital des Tochterunternehmens entstehender aktiver Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- und Firmenwert innerhalb des immateriellen Anlagevermögens ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben; ein passiver Unterschiedsbetrag wird auf der Passivseite der Bilanz unterhalb des Eigenkapitals in einem gesonderter Posten ausgewiesen und in folgenden Geschäftsjahren gemäß § 309 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) aufgelöst.

Der Ausweis der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode erfolgt mittels der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile. Der Konzernanteil am Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der assoziierten Unternehmen wird entsprechend der vorliegenden geprüften bzw. ungeprüften (bei nicht prüfungspflichtigen Unternehmen) Jahresabschlüsse periodengleich dem Anteilswert zugeschrieben bzw. vermindert diesen; vereinnahmte Gewinnausschüttungen von assoziierten Unternehmen werden im Jahr des Zuflusses vom Anteilswert abgesetzt. Für diese Gesellschaften sind die letzten vorliegenden Jahresabschlüsse zugrunde gelegt worden.

Die am Bilanzstichtag fortgeführten aktiven Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Methode, die auf stille Reserven in Beteiligungen entfallen, betragen TEUR 9.625; die fortgeführten passiven Unterschiedsbeträge belaufen sich auf TEUR 1.853.

Ausleihungen und andere Forderungen sowie Verbindlichkeiten zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet, konzerninterne Rückstellungen werden aufgelöst.

Umsatzerlöse und andere Erträge zwischen den konsolidierten Unternehmen werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Die Auswirkungen aus den erfolgswirksamen Konsolidierungsvorgängen des Vorjahres sowie die vereinbarten Gewinnausschüttungen der assoziierten Unternehmen für 2012 wurden mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet.



IV. Erläuterungen zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und -verlustrechnung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen und unter Beachtung der Grundsätze der §§ 290 bis 315 HGB erstellt.

Wie im Vorjahr werden die im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der SWH bilanziert.

Auf eine Anpassung der der Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen zugrunde liegenden Vermögensgegenstände und Schulden auf konzerneinheitliche Bewertungsmethoden wurde unter Bezugnahme auf den Grundsatz der Wesentlichkeit verzichtet.

Besondere Ansatz- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses wurden nicht wahrgenommen.

Aktiva

Der Konzern hat in Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß § 269 HGB a. F. **Aufwendungen für die Erweiterung des Geschäftsbetriebs** als Bilanzierungshilfe zu aktivieren. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Begleitung für die Maßnahmen zur Stärkung des KV-Standortes. Die Abschreibung erfolgt linear über vier Jahre. Gemäß Art. 67 Abs. 5 Satz 1 EGHGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Bilanzierungshilfe beizubehalten und nach § 269 Satz 2 HGB a. F. planmäßig abzuschreiben.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden ausgehend von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den aktivierungspflichtigen direkt zugeordneten Einzelkosten auch angemessene Teile der Gemeinkosten sowie der Werteverzehr des Anlagevermögens einbezogen. Bei Maßnahmen im Bereich der HAVAG, für die die Gesellschaft Zuwendungen gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungs-, Investitionsförderungs-, Regionalisierungsgesetz und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt erhält, beruht die Bewertung der aktivierten Eigenleistungen auf dem Eisenbahnkreuzungsgesetz i. V. m. der ersten Eisenbahnkreuzungsverordnung.

Die **planmäßigen Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände, Gebäude und Sachanlagen wurden linear entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer vorgenommen.

Sofern angezeigt, wurden im Geschäftsjahr **außerplanmäßige Abschreibungen** aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen oder beibehalten.

Der sich im Zusammenhang mit dem mit Wirkung zum 1. Januar 2009 vollzogenen 100%igen Anteilskauf an der AWH ergebende aktivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung (TEUR 5.117) wird als **Geschäfts- oder Firmenwert** ausgewiesen und beginnend ab dem Geschäftsjahr 2010 über vier Jahre zu je 25 % abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- bzw. Herstellkosten von maximal EUR 410 werden im Jahr ihrer Anschaffung bzw. Herstellung voll abgeschrieben. Die bestehenden jahresbezogenen Sammelposten aus Zugängen geringwertiger Wirtschaftsgüter im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2009 werden fortgeführt und linear über fünf Jahre planmäßig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden bis 2007 im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben und als Abgang gezeigt. Von dieser Regelung abweichend wurden die in den Jahren 2003 und 2004 angeschafften Müllgroßbehälter der HWS über einen Nutzungszeitraum von acht Jahren abgeschrieben.

Für Grunddienstbarkeiten wurden zur dinglichen Sicherung des Leitungsbestandes (Anlagenbestand am 3. Oktober 1990) die voraussichtlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge (zuzüglich Vermessungskosten) ermittelt und als nachträgliche Herstellungskosten der Ver- und Entsorgungsleitungen aktiviert. Die Ermittlung der belasteten Flächen auf Privatgrundstücken erfolgte unter Zugrundelegung entsprechender Grundbuchunterlagen und der für Versorgungsleistungen geltenden Schutzstreifenbreite. Die Bewertung der Flächen erfolgte in Anlehnung an bisher ermittelte Ausgleichsbeträge sowie unter Beachtung der sich für die Stadt Halle (Saale) ergebenden Verkehrswerte auf der Grundlage der Bodenrichtwertkarten Stand 1995. In Höhe der aktivierten Grunddienstbarkeiten wurde für die voraussichtlich zu zahlenden Ausgleichsbeträge (zuzüglich Vermessungskosten) eine Rückstellung gebildet. Die Grunddienstbarkeiten werden über die durchschnittliche Restnutzungsdauer der Ver- und Entsorgungsleitungen abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** wurden mit Ausnahme der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern angezeigt, wurden die Anschaffungskosten um außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert bzw. mit ihrem Erinnerungswert angesetzt. Sofern die Gründe für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung entfallen sind, werden die Finanzanlagen auf ihre ursprünglichen Anschaffungskosten gemäß § 280 HGB zugeschrieben. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu gleitenden Durchschnittspreisen anhand der Einstandspreise.

Unter den Vorräten werden unentgeltlich zugewiesene Schadstoff-Emissionsrechte i.S.d. TEHG ausgewiesen, die mit einem Erinnerungswert (EUR 1,00) angesetzt wurden. Darüber hinaus verfügt der Konzern über insgesamt 64.041 entgeltlich erworbene Schadstoff-Emissionsrechte. Der Verpflichtung der Abgabe von Emissionsrechten bis zum 30. April des Folgejahres wurde gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Dotierung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für bis zum Abschlussstichtag verursachte Emissionen (15.727 Emissionsrechte) Rechnung getragen, die anteilig ebenfalls mit dem Erinnerungswert ausgewiesen werden.

Unfertige Leistungen sind mit den Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die angefallenen Einzelkosten, angemessene Anteile an Gemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst wurde.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von Pauschalwertberichtigungen und erforderlichen Einzelwertberichtigungen angesetzt. Davon abweichend ist das unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben (§ 37 Abs. 4 KStG n. F.) zum 31. Dezember 2012 diskontiert mit einem risikolosen Zinssatz basierend auf Bundesanleihen mit fristenkongruenten Laufzeiten bewertet worden. Innerhalb der Forderungen werden erhaltene Abschlagszahlungen mit den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Strom-, Wärme- und Erdgasverbräuchen der Privat- und Gewerbetunden verrechnet.

Die **Wertpapiere des Umlaufvermögens** sind zu Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen auf den Kurswert zum 31. Dezember 2012 gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Sofern der Grund für die Abschreibung entfallen ist, werden Zuschreibungen auf den Kurswert unter Beachtung des Anschaffungskostenprinzips vorgenommen. Bei Fonds handelt es sich um ausschüttende Fonds. Sofern Ansprüche auf Ausschüttung von ordentlichen Fondserträgen am Bilanzstichtag aktiviert sind, wurde der zur Bewertung der Fondsanteile herangezogene Kurswert um die darin enthaltenen Beträge aus Ausschüttungsansprüchen bereinigt. Der Konzern hat damit zur Vermeidung der Doppelerfassung der Ausschüttungsansprüche in den sonstigen Vermögensgegenständen und den Wertpapieren des Umlaufvermögens der Abschreibung der Wertpapiere des Umlaufvermögens gegenüber der Abschreibung der Forderungen auf Ausschüttungsansprüche den Vorrang gegeben.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Disagien in Höhe von T€ 349 gemäß § 250 Abs. 3 HGB. Sie werden über die vertraglich vereinbarten Zinsfestschreibungsperioden linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Wert anzusetzen. Der Bewertung der Ansprüche aus Rückdeckungsversicherung für Pensionen und Ansprüche aus der Sicherung von Wertguthaben im Rahmen der Altersteilzeitregelung liegen Mitteilungen des Versicherungsunternehmens bzw. des Sicherungsunternehmens zugrunde. Soweit die Zeitwerte des Deckungsvermögens den Erfüllungsbetrag der dazugehörigen Schulden übersteigen, werden die Beträge gemäß § 246 Abs. 2 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 266 Abs. 2 HGB unter einem gesonderten Aktivposten ausgewiesen (**aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**).

Latente Steuern werden gemäß § 274 Abs. 1 HGB für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern diese in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Stadtwerke Halle GmbH von aktuell 31,58 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung resultieren passive latente Steuern TEUR 36. Diese wurden gemäß § 306 Satz 6 HGB mit den latenten Steuern nach § 274 HGB zusammengefasst. Danach verbleibt weiterhin ein Überschuss aktiver über passive latente Steuern, der im Konzernabschluss nicht angesetzt wird.

Die aktiven latenten Steuern resultieren insbesondere aus handels- und steuerlich abweichenden Wertansätzen bei Sachanlagen und Finanzanlagen, Pensionsrückstellungen, Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen sowie passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Passive latente Steuern resultieren insbesondere aus handels- und steuerlich abweichenden Wertansätzen bei Aufwendungen für die Inangangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs, Finanzanlagen, Sonderposten und Verbindlichkeiten.

Passiva

Passivische Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung werden, soweit deren Entstehung nicht durch künftige Aufwendungen oder Verluste begründet ist, in Höhe des Anteils, der die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen nicht-monetären Vermögensgegenstände nicht übersteigt, planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer der erworbenen abnutzbaren Vermögenswerte ergebniswirksam vereinnahmt.

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse wurden in Höhe ihres Nennbetrages in den **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge** eingestellt.

Außerdem werden hier erhaltene Fördermittel gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Investitionsförderungsgesetz (IFG), Regionalisierungsgesetz (RG) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen Anhalt (ÖPNVG LSA) sowie Investitionszuschüsse der Stadt Halle (Saale) und anderer Dritter zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse ausgewiesen.

Die in den Sonderposten eingestellten Investitionszuschüsse wurden analog der auf die bezuschussten Anlagegegenstände im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst.

Die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmten Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag, vermindert um einen anteiligen Auflösungsbetrag in Höhe von 5,0 % des Nennbetrages, ausgewiesen. Ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmte Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag passiviert und werden über die Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Rückstellungen für künftige Leistungen im Rahmen von Pensionen, Dienstjubiläen, Altersteilzeitaufwendungen und Sterbegeldern sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Mit Ausnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden diese nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie Erwartungen über zukünftige Preis-/Kostensteigerungen ermittelt. Dabei wurden eine angenommene Fluktuationsrate von bis zu 1 % und für das Finanzierungsalter die vorgezogenen Altersgrenzen gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 zugrunde gelegt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten 7 Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wurden ein Zinssatz von 5,04 % sowie eine erwartete Einkommenssteigerung von bis zu 2,5 % sowie ein Rententrend von bis zu 2,5 % zugrunde gelegt.

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden unter Beachtung der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen nach IAS und nach handelsrechtlichen Vorschriften“ vom 18. November 1998 (IDW RS HFA 3) dotiert.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Zur Sicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Termingeldern und Wertpapiere angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurden Kostensteigerungen zwischen 1,2% und 6,0 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze für 2012 je nach Restlaufzeit 3,79 % bis 5,05 %.

Aufwandsrückstellungen wurden gemäß Artikel 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Diese Rückstellungen sind dann mit ihrem fortgeführten Wert nach HGB a. F. bewertet. Die Bewertung nach HGB i. d. F. d. BilMoG erfolgte zur Ermittlung des Betrags der Überdotierung.

Aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertungsregeln des HGB für (langfristige) Rückstellungen wäre die Rückstellung für Aufwendungen zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge (Bestand zum 31. Dezember 2009; TEUR 66.813) in der BilMoG-Eröffnungsbilanz um TEUR 11.045 zu reduzieren, da der Abzinsungseffekt größer ist als die in die Bewertung aufzunehmenden zukünftigen Kosten- und Preissteigerungen. Jedoch ist absehbar, dass dieser aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Daher wurde vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Auflösung unterlassen. Zum 31. Dezember 2012 beläuft sich der Überdeckungsbetrag auf TEUR 8.196.

In mehreren Beschlüssen jeweils vom 14. August 2008 hat der BGH u. a. zur Frage der sogenannten Mehrerlöse Stellung genommen. Mehrerlöse sind die Beträge, die der Netzbetreiber in der Zeit zwischen dem erstmaligen Genehmigungsantrag (1. November 2005 für Netzentgelte Strom; 1. Februar 2006 für Netzentgelte Gas) und der Genehmigungserteilung vereinnahmt hat. Die Genehmigungserteilung für die Netzentgelte Strom erfolgte mit Bescheid der BNetzA vom 8. März 2007 mit Wirkung zum 1. März 2007. Die Genehmigungserteilung für Gas erfolgte mit Bescheid der BNetzA vom 24. März 2007 mit Wirkung zum

1. April 2007. Nach den Beschlüssen des BGH hat der Netzbetreiber diese Mehrerlöse rechtsgrundlos erhalten und darf sie nicht behalten. Für die Pflicht zur Herausgabe ist eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB zu bilden. Mit Schreiben vom 27. November 2009 hat die BNetzA der Netzgesellschaft Halle die Entscheidung zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen im sogenannten vereinfachten Pauschalverfahren übersandt. Demgemäß ist die Netzgesellschaft verpflichtet, ihre Erlösobergrenzen im Stromnetz für die Jahre 2010 bis 2013 um jeweils Mio. EUR 2,5 zu reduzieren. Die Verzinsung der vereinnahmten Mehrerlöse erfolgt dabei unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 4,2 %.



Gemäß § 5 ARegV werden Rückstellungen für Regulierungskonto ausgewiesen. Auf dem Regulierungskonto nach § 5 ARegV werden im Verlauf einer Anreizregulierungsperiode folgende Sachverhalte erfasst:

- Differenzen zwischen den zulässigen Erlösen (sog. genehmigte Erlösobergrenze) und der vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielbaren Erlöse
- Differenzen zwischen den für das Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten für vorgelagerte Netze und den in der genehmigten Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen
- Differenzen zwischen den für das Kalenderjahr entstehenden Kosten des Messstellenbetriebs und den in der genehmigten Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen
- Verzinsung der vorgenannten Differenzen.

Auf dem Regulierungskonto gebuchte negative Beträge (z. B. weil der Netzbetreiber mehr Erlöse erzielt hat, als er hätte erzielen dürfen) stellen Verpflichtungen für künftige Entgeltabsenkungen dar und wurden entsprechend in den sonstigen Rückstellungen erfasst.

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Gewinn- und Verlustrechnung

Von den Umsatzerlösen ist die unmittelbar geschuldete Strom- und Erdgassteuer für das Jahr 2012 analog den Vorjahren offen abgesetzt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten und ihre Entwicklung im Jahr 2012 einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Besonderheiten der Ver- und Entsorgungswirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch eine weitere Untergliederung der technischen Anlagen und Maschinen Rechnung getragen.

Die ausgewiesenen Geschäfts- und Firmenwerte haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2012	Abschreibung 2012	Buchwert 31.12.2012
	TEUR	TEUR	EUR
AWH	2.559	1.280	1.279

Die Zugänge zu den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen in Höhe von TEUR 100 die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen positiven Jahresergebnisse der assoziierten Unternehmen.

Die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen sowie die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen negativen Jahresergebnisse (TEUR 205) sind im Anlagenspiegel in der Spalte Abgänge zusammengefasst.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die sogenannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. Es wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen ist im folgenden Forderungsspiegel dargestellt:

	Restlaufzeiten		Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	67.594 (62.907)	81 (357)	67.675 (63.264)
Forderungen gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen (Vorjahr)	189 (1.541)	0 (0)	189 (1.541)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	3.471 (311)	0 (0)	3.471 (311)
Sonstige Vermögensgegenstände (Vorjahr)	26.375 (16.010)	2.027 (1.773)	28.402 (17.783)
Gesamt (Vorjahr)	97.629 (80.769)	2.108 (2.130)	99.737 (82.899)

Von den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** bestehen TEUR 2.901 (Vj.: TEUR 1.504) und von den sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 245 (Vj.: TEUR 465) gegen die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale).

Die **Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen** betreffen Sonstige Vermögensgegenstände.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit TEUR 103 (Vj.: TEUR 3.471) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit TEUR 3.366 (Vj.: TEUR 0) Sonstige Vermögensgegenstände.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände**, die rechtlich am Bilanzstichtag noch nicht entstanden sind, betreffen im Wesentlichen im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuern sowie Zinsabgrenzungen.

3. Wertpapiere

Mit Datum vom 28. August 2007 wurde zwischen dem Landesverwaltungsamt (LVWA) und dem Konzernunternehmen AWH eine Verpfändungsvereinbarung geschlossen. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind daher i. H. v. Mio. EUR 64 nur nach Maßgabe der mit dem LVWA getroffenen Verpfändungsvereinbarung verfügbar (Sicherheitenstellung zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt für die Reaktivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau).

Nachfolgend werden alle Anteile an Investmentgesellschaften im Sinne des § 1 des Investmentgesetzes oder vergleichbare ausländische Investmentanteile im Sinn des § 2 Abs. 9 des Investmentgesetzes dargestellt, soweit der Anteil mehr als 10 % ausmacht.

	Buchwert in TEUR	Marktwert nach § 36 Invest- ment- gesetz in TEUR	Differenz Marktwert zu Buchwert in TEUR	Ausschüttung in Geschäfts- jahr in TEUR	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Ab- schreibungen
Spezial-Sondervermögen						
AWICO-Fonds	25.750	26.273	523	543 ¹⁾	ja	0
Südinvest-Fonds	38.469	39.953	1.484	832 ¹⁾	ja	0
	64.219	66.226	2.007	1.375		

¹⁾ Die Ausschüttungen betreffen ausschließlich Vorträge ordentlicher Erträge aus dem Vorjahr.

Die Spezialfonds wurden für die AWH aufgelegt. Im Fondsvermögen zum 31. Dezember 2012 sind Rententpapiere und Bargeldreserven ausgewiesen. Die Geschäftsführung verfolgt seit Auflage der Fonds das Ziel der Risikominimierung vor Wertsteigerung. Aus dem Vergleich der Buchwerte mit den um die Ausschüttungsansprüche bereinigten Kurswerten am 31. Dezember 2012 resultierte für den AWICO-Fonds eine Zuschreibung von TEUR 738 und für den Südinvest-Fonds eine Zuschreibung von TEUR 835.

4. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder (TEUR 191) ausgewiesen, die der Absicherung einer Avalkreditlinie dienen.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

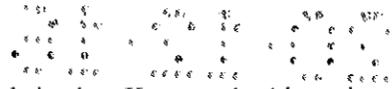
Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind gemäß § 250 Abs. 3 HGB Disagien in Höhe von TEUR 349 enthalten (Vj.: TEUR 445).

Zur Zinssicherung laufender sowie einer vorgesehenen variablen Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über den Zinssicherungszeitraum linear abgeschrieben.

6. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Im aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung TEUR 263 (Vj.: TEUR 303) wird der Überhang der HAVAG aus dem Deckungsvermögen der Sicherung des Erfüllungsrückstandes aus Alterszeitverpflichtung ausgewiesen.

7. Eigenkapital



Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist dem Konzernabschluss als gesonderte Anlage beigefügt.

Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital

Gesellschaft	Fremdanteil %	Eigenkapital EUR
WER	40,0	265.771,19
RPL	24,9	18.840,46
SGS	49,0	65.851,90
Maya mare	5,1	-1.388.627,22
		<u>-1.038.163,67</u>

Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn

Gesellschaft	Anteile Anderer EUR
RPL	-4.597,40
Maya mare	2.673,86
SGS	547,99
WER	9.042,22
	<u>7.666,67</u>

8. Passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Der **passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** beträgt TEUR 71 und betrifft die Gesellschaften Stadtwerke Halle GmbH (alt) (TEUR 1) und Maya mare GmbH & Co. KG (TEUR 70).

Da die Stadt Halle (Saale) der SWH die gesamten Geschäftsanteile an der SWH (alt) und die gesamten Aktien der HAVAG zum 19. Dezember 1996 zum Nennwert übertragen hat, ergab sich ein passivischer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung (TEUR 171.505), der Eigenkapitalcharakter aufweist. Er wird gemäß § 309 Abs. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer des Sachanlagevermögens von 16 Jahren,

beginnend ab 1997, aufgelöst. Für das Geschäftsjahr 2012 wurden TEUR 10.719 ertragswirksam in die sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

Der aus der Kapitalkonsolidierung der Maya mare GmbH & Co. KG resultierende Unterschiedsbetrag weist Eigenkapitalcharakter auf. Dieser wird, beginnend mit dem Geschäftsjahr 2001, nach § 309 Abs. 2 Nr. 2 HGB i. V. m. dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4) planmäßig über die gewichtete durchschnittliche Restnutzungsdauer des Anlagevermögens (elf Jahre) aufgelöst. (TEUR 93 in 2012). Der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Der **Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung** hat sich wie folgt entwickelt:

	EUR
A. Bruttobetrag	
Unterschiedsbetrag 31. Dezember 2011/	223.434.654,46
31. Dezember 2012	<u>223.434.654,46</u>
B. Ergebniswirksame Verrechnung	
1. Januar 2012	-212.551.311,49
Zugang	-10.812.050,00
31. Dezember 2012	<u>-223.363.361,49</u>
C. Bilanzausweis 31. Dezember 2012	<u>71.292,97</u>
Bilanzausweis 31. Dezember 2011	<u>10.883.342,97</u>

9. Rückstellungen

Die Fristigkeit der Rückstellungen ist dem folgenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR	
Rückstellungen für Pensionen	46	186	815	1.047
Steuerrückstellungen	3.159	0	0	3.159
Sonstige Rückstellungen	50.329	86.473	39.730	176.532
	<u>53.534</u>	<u>86.659</u>	<u>40.545</u>	<u>180.738</u>

Die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** werden nach Verrechnung mit dem Deckungsvermögen ausgewiesen. Unverrechnet beträgt die Rückstellung TEUR 1.150 und der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung TEUR 103.

In den **Sonstigen Rückstellungen** sind im Wesentlichen enthalten:

	2012 TEUR
Altersteilzeit	15.942
Restrukturierungsaufwendungen, Sozialplan, Abfindungen	11.012
Urlaub, Mehrarbeit, Zeitkonten	4.734
Jubiläum	904
Sonstige	554
Personalmrückstellungen	33.146
Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge Deponie	60.288
Stilllegung, Rückbau und Sanierung von Versorgungs- und Transportnetzen und -anlagen	13.917
Drohende Verluste	12.856
Mehrerlösabschöpfung	9.740
Grunddienstbarkeiten	7.302
Ausstehende Eingangsrechnungen	4.821
Stromsteuer	4.472
Mehr-, Mindermengen	3.656
Unterlassene Instandhaltung	2.598
Konzessionsabgabe Wasser	1.106
Übrige sonstige Rückstellungen	22.629
Sonstige übrige Rückstellungen	143.385
Summe sonstige Rückstellungen	176.531

Für die **Verpflichtung aus Altersversorgung und Arbeitszeitguthaben** wurden TEUR 15.942 passiviert. Zur Sicherung dieser Verpflichtungen sind Wertpapiere des Umlaufvermögens und Termingeldanlagen verpfändet und somit dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen. Damit wurde der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen (TEUR 24.153) mit dem korrespondierenden Zeitwert der Vermögensgegenstände (TEUR 8.212) verrechnet. Die Anschaffungskosten betragen TEUR 7.264. Die Verpflichtung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,5 % p. a. berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit zwischen 2 und 15 Jahren ergibt. Er beträgt je nach Laufzeit 3,79 % bis 5,04 %. Es wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die versicherungsmathematische Berechnung der **Jubiläumsrückstellung** erfolgt unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Dabei wurden ein Rechnungszins von 5,04 % sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von bis zu 2,50 % zugrunde gelegt. Die angenommene Fluktuationsquote beträgt bis zu 1,00 % p. a. Zudem wurden die Sterbetafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Bei der HAVAG wurden die Zinssätze gemäß den durchschnittlichen Restdienstzeiten, 3,95 % (Duration drei Jahre), 4,59 % (Duration acht Jahre) und 5,08 % (Duration 17 Jahre) berücksichtigt.

Aufgrund der geänderten Bewertungsregeln für langfristige Rückstellungen wären folgende Rückstellungen bei erstmaliger Anwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 abzuzinsen gewesen. Da absehbar ist, dass die aufzulösenden Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde für diese Rückstellungen vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht, indem die Auflösung unterlassen worden ist.

- Rückstellungen der SWH für drohende Verluste, Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen und Rückstellungen für die Aufbewahrung. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2012 TEUR 163 (Vj.: TEUR 184).
- Rückstellungen der HWS für Sozialplan, Archivierung und Grunddienstbarkeiten. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 1. Januar 2010 TEUR 598, zum 31. Dezember 2012 TEUR 240 (Vj.: TEUR 326).
- Rückstellungen der EVH für Abbruch- und Rekultivierungsaufwendungen, Verpflichtung gemäß Grundbuchbereinigungsgesetz, Rückbauverpflichtung Strom-, Gas- und Fernwärmenetz sowie Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2012 TEUR 2.543 (Vj.: TEUR 3.434).
- Rückstellungen der AWH zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge beläuft sich zum 31. Dezember 2012 auf TEUR 8.196 (Vj.: TEUR 7.765).

10. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist dem folgenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeiten			Gesamt TEUR	gesichert TEUR
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	TEUR	TEUR	TEUR		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.236	125.957	240.905	402.098	14.646 ¹
(Vorjahr)	(32.153)	(124.047)	(261.973)	(418.173)	(15.019) ²
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.172	60	0	3.232	
(Vorjahr)	(2.573)	(41)	(0)	(2.614)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	47.329	142	0	47.471	
(Vorjahr)	(50.210)	(249)	(0)	(50.459)	
Verbindlichkeiten gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	60	0	0	60	
(Vorjahr)	(833)	(0)	(0)	(833)	
Verbindlichkeiten gegen Unter- nehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	521	0	0	521	
(Vorjahr)	(1.158)	(0)	(0)	(1.158)	
Sonstige Verbindlichkeiten	22.913	698	0	23.611	
(Vorjahr)	(21.572)	(698)	(3)	(22.273)	
Gesamt	109.231	126.857	240.905	476.993	
(Vorjahr)	(108.499)	(125.035)	(261.976)	(495.510)	

¹ davon besichert TEUR 3.544 durch Buchgrundschild, TEUR 6.394 durch Sicherungsabtretung technischer Anlagen und Maschinen, TEUR 3.978 durch Abtretung der Ansprüche aus Bäderfinanzierungsvertrag vom 29. April 2010 zwischen BHG und Stadt Halle (Saale)

² davon besichert TEUR 3.768 durch Buchgrundschild, TEUR 7.273 durch Sicherungsabtretung technischer Anlagen und Maschinen, TEUR 3.978 durch Abtretung der Ansprüche aus Bäderfinanzierungsvertrag vom 29. April 2010 zwischen BHG und Stadt Halle (Saale)

Unter den **Verbindlichkeiten** aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 275 (Vj.: TEUR 491) und unter den sonstigen Verbindlichkeiten TEUR 5.237 (Vj.: TEUR 5.658) **gegenüber der Gesellschafterin** ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen** entfallen auf Lieferungen und Leistungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen Lieferungen und Leistungen.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen **Umsatzerlöse** gliedern sich wie nachfolgend dargestellt:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Strom	192.260	193.463
Gas	101.880	101.439
Wasser / Abwasser	76.037	72.390
Wärme	58.226	54.760
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	37.098	37.973
Entsorgung	21.891	22.087
Netznutzung	24.004	21.884
Freizeit	5.614	5.204
Hafen	1.775	1.264
Sonstige Erlöse	70.043	63.574
	<u>588.828</u>	<u>574.038</u>

Im Konzernabschluss wurden **außerplanmäßige Abschreibungen** von insgesamt TEUR 4.140 (Vj.: TEUR 11) auf das Sachanlagevermögen vorgenommen.

Der Posten „**Erträge aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungserträge des assoziierten Unternehmens A/V/E (TEUR 75, Vj.: TEUR 138), OBS (TEUR 1; Vj.: TEUR 33 Verlust) und Saalebus (TEUR 24; Vj.: TEUR 7 Verlust). „**Verluste aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungsverluste aus den assoziierten Unternehmen, Meter1 GmbH & Co. KG (TEUR 199; Vj.: TEUR 179) und FSA (TEUR 6; Vj.: TEUR 19) und KWT (TEUR 0, Vj.: TEUR 641).

Der Posten „**Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens**“ betrifft in Höhe von TEUR 5.169 außerplanmäßige Abschreibungen auf Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (Vj.: TEUR 702 außerplanmäßige Abschreibung auf Wertpapiere des Umlaufvermögens) gem. § 253 Abs. 4 HGB.

Im Jahresergebnis des Konzerns sind TEUR 0 (Vj.: TEUR 862) periodenfremden Umsatzerlösen und **periodenfremde Erträge** in Höhe von TEUR 2.139 (Vj.: TEUR 1.232) enthalten. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden **periodenfremde Aufwendungen** in Höhe von TEUR 952 (Vj.: TEUR 385), unter dem Materialaufwand von TEUR 0 (Vj.: TEUR 391) ausgewiesen.

Die **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** betreffen mit TEUR 225 (Vj.: TEUR 13) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 2 (Vj.: TEUR 1) Erträge aus der Verrechnung Deckungsvermögen Pensionen. Verrechnet wurden TEUR 11 (Vj.: TEUR 12) aus der Aufzinsung von Altersversorgungsverpflichtungen und TEUR 13 (Vj.: TEUR 11) aus der Zeitwertbewertung der Rückdeckungsversicherung.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit TEUR 1.577 (Vj.: TEUR 1.394) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 127 (Vj.: TEUR 428) Zinsaufwendungen aus der Verrechnung des Deckungsvermögens aus Altersteilzeitverpflichtungen. Verrechnet wurden TEUR 134 (Vj.: TEUR 60) aus der Aufzinsung, TEUR 20 (Vj.: TEUR 18) Zinserträge aus der Sicherung der Wertgut-haben und TEUR 13 Aufwendungen (Vorjahr TEUR 7) aus der Bewertung zum Zeitwert.

In den **Außerordentlichen Aufwendungen** (TEUR 6.934; Vj.: TEUR 5.611) werden im Wesentlichen Zuführungen zu Drohverlustrückstellungen (TEUR 5.677) und Aufwendungen für Sozialpläne bzw. Aufwendungen aus der Zuführung zu Personalrückstellungen (TEUR 1.257) ausgewiesen.

Die **Außerordentlichen Erträge** (TEUR 334; Vj.: TEUR 518) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Sozialplanrückstellungen (TEUR 272) und aus Gutschriften von Unterstützungskassen (TEUR 56).

V. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind

Für die Trianel European Energy Trading GmbH (Trianel) wurden Bürgschaften in Höhe von insgesamt TEUR 2.500 von der EVH übernommen. Die Übernahme der Bürgschaften erfolgte aufgrund der Gesellschafterstellung der Stadtwerke Halle GmbH bei der Trianel und der zwischen der EVH und der Trianel bestehenden Verträge. Das Risiko der Inanspruchnahme besteht bei Zahlungsunfähigkeit der Trianel. Hier-von geht die Geschäftsführung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Trianel nicht aus.

Aus dem im Jahr 2002 geschlossenen Vertrag über die Deutsche Straßenbahnen-Leasingfinanzierung mit US-amerikanischen Vertragspartnern ergeben sich aus Haupt- und Unterleasingvereinbarungen zu überwachende Handlungsfristen und Termine. Aus diesem von der HAVAG abgeschlossenen grenzüberschreitenden Leasinggeschäft bestehen ferner Haftungsverhältnisse, da Kreditinstitute mit hohem Rating gegen Bar-einzahlungen den entsprechenden Teil der Zahlungsverpflichtung der HAVAG aus dem Leasinggeschäft übernommen haben und die HAVAG für die Erfüllung dieser Verpflichtung haftet. Die Haftung greift jedoch nur, wenn die betreffenden Kreditinstitute ausfallen und kein adäquater Ersatz mit ausreichender Bonität gestellt werden kann.

Weitere Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Das Bestellobligo für Sachanlagen und andere Investitionen aus im Jahr 2012 bereits erteilten Aufträgen sowie für den übrigen Liefer- und Leistungsbereich beträgt TEUR 23.498. Des Weiteren wurden Verträge über den langfristigen Bezug von Strom, Gas und Wärme (TEUR 240.130) geschlossen.

Die Verbindlichkeiten aus diversen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen insgesamt TEUR 55.284, wovon TEUR 14.434 kurzfristig, TEUR 38.006 mittelfristig und TEUR 2.844 langfristig fällig sind.

Darin enthalten sind insbesondere folgende finanzielle Verpflichtungen:

Aus einem zwischen dem Leasinggeber, der SWH und der EVH abgeschlossenen Leasingvertrag für das Verwaltungsgebäude Halle, Bornknechtstraße, ergeben sich für die Restlaufzeit des Vertrages (5,5 Jahre) TEUR 14.972 finanzielle Verpflichtungen. Das Leasinggeschäft dient der langfristigen Verbesserung der Liquiditätssituation und der Verbesserung der Eigenkapitalquote.

Weiter wurde am 16. Dezember 1996 ein Mietvertrag unter Beteiligung der EVH für das Objekt „Technischer Betriebshof“ geschlossen. Die Mietzeit beginnt am 1. Januar 1998 und endet am 31. Dezember 2017. Der jährliche Mietzins beträgt TEUR 344. Dies trägt auch zur Verringerung des Kapitalrisikos bei und belässt das Investitionsrisiko beim Vermieter.

Aus dem mit der HAVAG und der Kommunalen Anlagen GmbH & Co. Straßenbahnbetriebshof Halle KG, Zwickau, geschlossenen Vertrag über die Betreuung des Betriebshofes Rosengarten durch die KG ergibt sich die Verpflichtung zur Zahlung eines jährlichen Entgeltes. Dieses Entgelt setzt sich aus einem Grundpreis sowie einem Betreiberentgelt zusammen. Bei der Kalkulation des Betreiberentgeltes fanden eine Instandhaltungspauschale sowie das an die Gesellschaft zu zahlende Betriebsführungsentgelt, u. a. Betriebskosten, Berücksichtigung. Der Grundpreis beträgt für 2003 bis 2015 Mio. EUR 2,8 bis Mio. EUR 3,2 p. a. Zur Deckung der Instandhaltungskosten ist vereinbart, jährlich für das Folgejahr bis 2015 eine Anpassung der Pauschale anhand der tatsächlich angefallenen Kosten zuzüglich einer Steigerung von 2,5 % vorzunehmen. Das Betriebsführungsentgelt beträgt jährlich Mio. EUR 2,7 und erhöhte sich bis zum Jahr 2012 um jährlich 2,5 % auf Mio. EUR 4,0. Für die Jahre 2013 bis 2015 wird die gleichbleibende Steigerung des zu zahlenden Entgeltes um jährlich 2,5 % beibehalten. Aus der Nutzung des Betriebshofes Rosengarten entstehen der HAVAG in Summe gegenwärtig jährlich Aufwendungen von Mio. EUR 7,4; denen stehen Erträge aus Betriebsführungsentgelten von Mio. EUR 4,0 gegenüber.

Aus einem Vertrag der HAVAG über die Pacht einer Tiefgarage ergeben sich jährliche Zahlungen von TEUR 914. Der Vertrag läuft bis 2015.

Aus Leasingverträgen der HAVAG für 20 Omnibusse, Laufzeit bis 2013, ergeben sich jährliche Zahlungen von TEUR 661, für 4 Omnibusse, Laufzeit bis 2022, TEUR 129 und aus Leasingverträgen für 20 PKW bzw. Nutzfahrzeugen, Laufzeit bis 2017, TEUR 138.

Weitere finanzielle Verpflichtungen:

Für die Nutzung der Kläranlage Halle-Nord (Nutzungsüberlassungsvertrag) hat die HWS bis zum Jahr 2014 einen Grundpreis von insgesamt Mio. TEUR 8,2 in vierteljährlichen Raten zu entrichten. Weiterhin ist ein Abwasserbehandlungsentgelt zu zahlen, dessen Höhe von den Aufwendungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG abhängig ist. Die Höhe dieses Entgeltes betrug in 2012 TEUR 4.336. Durch den Nutzungsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Kläranlage Halle-Nord, ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Risiken werden durch die fest vereinbarten Zahlungen minimiert.

Gemäß der mit Datum vom 15. Juni 2005 vertraglich vereinbarten Änderung der Betriebsüberlassungsvereinbarung mit dem Wasserzweckverband „Saalkreis“ vom 2. Dezember 1994 vergütet die HWS dem WZV die Nutzung der im Eigentum des WZV stehenden Versorgungsanlagen mittels eines Nutzungsentgeltes. Dieses Entgelt berechnet sich in 2012 nach den dem WZV entstehenden Aufwendungen für Abschreibungen, Zinsen für Kredite sowie eines Aufschlages für Verwaltung. In 2012 entstanden der HWS hieraus Aufwendungen in Höhe von TEUR 2.384. Durch den Betriebsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Wasserversorgungsanlagen im Verbandsgebiet ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Es besteht ein allgemeines unternehmerisches Risiko in Bezug auf die wirtschaftliche Erbringung der Wasserversorgung im Gebiet des WZV.

Mit Datum vom 23. März 2007 wurde zwischen der HWS und der Stadt Halle (Saale) rückwirkend zum 1. Januar 2002 ein Konzessionsvertrag über die öffentliche Versorgung der Stadt Halle mit Wasser abgeschlossen. Die Stadt bedient sich zur Erfüllung der Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung der HWS als Dritten im Sinne des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt. Die HWS hat der Stadt unter dem Eintritt vertraglich geregelter Voraussetzungen eine Konzessionsabgabe zu zahlen. Bei Vorliegen der genannten Voraussetzungen werden die Vertragspartner in Verhandlung über die Höhe der Konzessionsabgabenzahlung treten. Risiken und Chancen ergeben sich im Rahmen des allgemeinen unternehmerischen Risikos im Bereich der Wasserversorgung.

Mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde ein neuer Wasserlieferungsvertrag zum 1. Januar 2008 abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Darin wurden ein fixer Leistungspreis und ein mengenabhängiger Arbeitspreis vereinbart. Das Volumen dieses Vertrages für die Restlaufzeit beträgt insgesamt rd. Mio. EUR 41,6.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Aus einem im Geschäftsjahr 2009 geschlossenen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 10.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber dem Verkäufer, der Stadt Halle (Saale).

Aus Sponsoringverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von TEUR 329 (Vj.: TEUR 356).

Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen zur Leistung ausstehender Einlagen auf Kommanditanteile, die noch nicht eingefordert sind, in Höhe von TEUR 350.

Mitarbeitern der HWS und der HAVAG, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, ist eine Zusatzversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zugesagt. Sie beruht auf der Mitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Zusatzversorgungskasse.

Die Zusatzversorgung umfasst:

- Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit
- Altersrenten
- Hinterbliebenenrenten sowie
- Sterbegeld.

Die Umlage bemisst sich nach dem zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Ab dem 1. Januar 2010 gelten ein Umlagesatz von 1,725 % und ein Zusatzbeitrag von 4,0 %. Der Zusatzbeitrag (2,0 % vom Arbeitnehmer zu tragen) dient dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Der von der HWS und der HAVAG zu tragende Anteil belief sich im Geschäftsjahr 2012 auf TEUR 1.670.

Aufgrund von Pensionszusagen der EVH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2012 betrug das Beitragsvolumen insgesamt TEUR 1.084; für das Geschäftsjahr 2013 wird mit einem Beitragsvolumen von TEUR 1.213 gerechnet. In den Folgejahren ist mit vergleichbaren finanziellen Belastungen zu rechnen.

Aufgrund von mittelbaren Pensionszusagen der SWH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Für mittelbare Pensionszusagen im Rahmen einer Unterstützungskasse beträgt der Fehlbetrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB TEUR 410 am 31. Dezember 2012.

Der Konzern unterliegt Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich seines Grundbesitzes im Umfang von 11.000 qm begründet durch Erbbaupachtvertrag mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2015. Des Weiteren sind 18.935 qm von den insgesamt 39.000 qm zur Verfügung stehenden Ansiedlungsflächen der Hafen Halle GmbH verpachtet (Laufzeit bis 2015). Die jährlichen Erträge aus genannten Verträgen betragen derzeit TEUR 126.

2. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar der SWH und ihre vollkonsolidierten Tochterunternehmen betreffend schlüsselt sich auf in Abschlussprüfungsleistungen (TEUR 305), andere Prüfungsleistungen (TEUR 2), Steuerberatungsleistungen (TEUR 1) und sonstige Leistungen (TEUR 17).

3. Mitarbeiter

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2012 beschäftigte der SWH Konzern 2.701 Arbeitnehmer und Auszubildende.

Struktur der Arbeitnehmer nach Gruppen:

	Personen 2012	Personen 2011
Gewerbliche Arbeitnehmer Angestellte	1.377	1.392
	1.063	1.043
	2.440	2.435
Passive Altersteilzeit	50	67
Ruhende Arbeitsverhältnisse	34	31
Auszubildende	178	187
	2.701	2.720

4. Derivative Finanzinstrumente

Das Gesamtsicherungsvolumen der Caps, SWH betreffend, beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 8.650. Die Summe der hier ausgewiesenen Buchwerte beträgt zum 31. Dezember 2012 TEUR 59. Gemäß Stichtagsbewertung (Ableitung aus dem Marktwert eines gleichwertigen Finanzinstrumentes) beläuft sich die Summe der Marktwerte der Caps zum 31. Dezember 2012 auf TEUR 0.

Die SWH hat im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für ein variabel verzinsliches Darlehen zwei Zinsswap mit einem Nominalwert von Mio. EUR 21 am Bilanzstichtag und einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2016 erworben. Das Sicherungsvolumen am 31. Dezember 2012 beträgt Mio. EUR 20. Zum Bilanzstichtag verzeichneten die Swaps negative Marktwerte von TEUR 1.361. Aufgrund der Bildung einer Bewertungseinheit mit dem zu sichernden Darlehen (Micro-Hedge) ist die Bildung einer Drohverlustrückstellung unterblieben. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-term-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter (Bewertung aktueller Zinskupons mit den Marktpreisen sowie Stückzinsen sowie Abzinsung vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bis zum Bewertungstag auf Barwerte).

Zur Sicherung eines Festpreises für den Gasbezug der EVH wurden Commodity Swaps für den Zeitraum bis einschließlich 2013 abgeschlossen. Der Zeitwert dieser Swaps saldiert sich zum 31. Dezember 2012 in einen positiven Zeitwert in Höhe von TEUR 243 (Mark to Market-Bewertung). Darüber hinaus werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 462 bzw. im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 7 im Geschäftsjahr realisierte Ergebnisse solcher Sicherungsgeschäfte ausgewiesen, deren abgesicherte Gasbezüge das Folgejahr betreffen und erst im Folgejahr zu entsprechenden Aufwendungen bzw. Erträgen aus dem Gasbezug führen.

Des Weiteren hat die EVH im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für drei variabel verzinsliche Darlehen (auch zukünftige) einen Festsatzswap abgeschlossen. Für ein variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 14.026 (Stand zum 31. Dezember 2012: TEUR 6.312) hat der Zinsswap (Laufzeit bis zum 31. März 2017) am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 572. Ein weiteres variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 3.000 (Stand zum 31. Dezember 2012: TEUR 2.757) wurde im Geschäftsjahr 2011 aufgenommen. Im selben Jahr wurde ein Forward-Festsatzswap (Laufzeit 2012 – 2021) abgeschlossen, der am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 312 hat. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein KfW-Darlehen mit 20-jähriger Laufzeit in Höhe von Mio. EUR 17 aufgenommen. Die Zinsbindung beträgt 10 Jahre. Für die Laufzeit ab 2022 – 2032 wurde für den Restwert zum Stichtag in Höhe von TEUR 9.855 wiederum ein Forward-Festsatzswap abgeschlossen, dessen negativer Marktwert sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 112 beläuft. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäften (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Am 1. Oktober 2010 wurde ein Zinssatzswap mit einer Laufzeit vom 30. September 2010 bis 30. März 2023 vertraglich vereinbart. Die Zinszahlungen erfolgen vierteljährlich zum Quartalsende, die Maya mare erhält von der Commerzbank den 3-Monats-EURIBOR und zahlt an die Commerzbank einen festen Zinssatz in Höhe von 3,78 % p. a. Der Zinssatzswap hat entsprechend der Angabe der Commerzbank zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert in Höhe von TEUR 181. Es wird aufgrund des Vorliegens einer Bewertungseinheit keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung (Mio. EUR 1,3)) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Als Absicherungsgeschäft gegen steigende Dieselpreise hat die HAVAG im Jahr 2012 zwei Rohwarengeschäfte abgeschlossen und beendet. Mit Abschluss eines Forward-Swaps im September 2011 (Laufzeit bis zum 15. November 2021) sicherte sich die HAVAG eine zinsgünstige Anschlussfinanzierung für ein variabel verzinsliches Bankdarlehen ab November 2012. Das Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 10.569 betrug zum 31. Dezember 2012 TEUR 5.006. Der Swap (Festzinsswap) hatte einen negativen Marktwert von TEUR 395. Die Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft entsprechen sich.

5. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2012 waren Herr Matthias Lux (Vorsitzender), Herr François Girard (bis 30. November 2012), Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause und Herr René Walther.

Die Vergütung für die Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2012 TEUR 653 (Vorjahr: TEUR 675).

6. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2012 an:

Vorsitzender:	Dr. Bernd Wiegand Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale) (seit 6. Dezember 2012)
Vorsitzende:	Dagmar Szabados Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) (bis 30. November 2012)
Stellv. Vorsitzender:	Lothar Philipp Bezirksgeschäftsführer der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd

Stephanie Berend
Kaufmännische Angestellte der Hallesche Wasser und
Stadtwirtschaft GmbH

Udo Böcker
Betriebsrat der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

Bernhard Bönisch
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt

Steffen Gärtner
Sachgebietsleiter Gebäudemanagement der EVH GmbH/
Mitglied des Betriebsrates der EVH GmbH

Stefan Hilbig
Fachbereichssekretär der Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd
(seit 28. September 2012)

Gerry Kley
Geschäftsführer der BIANCON Gesellschaft für Biotopanalyse
und Consulting GmbH

Burkhard Kocian
Betriebsratsvorsitzender der EVH GmbH

Erhard Koppitz
Bezirksleiter des Bezirkes Halle-Magdeburg der IG BCE
(bis 28. September 2012)

Johannes Krause
DGB-Regionsvorsitzender Sachsen-Anhalt/Süd

Hendrik Lange
Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt

Monika Liedtke
Kaufmännische Angestellte der Hallesche Wasser und
Stadtwirtschaft GmbH
(seit 28. September 2012)

Eckard Mahlert
Bereichsleiter Finanzen und Rechnungswesen der Hallesche
Verkehrs-Aktiengesellschaft
(bis 28. September 2012)

Raik Müller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Elisabeth Nagel
Angestellte der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen-
Anhalt-Thüringen

Renate Otto
Leiterin Rechtsabteilung der Hallesche
Verkehrs-Aktiengesellschaft
(seit 28. September 2012)

Ulrich Richter
Betriebsratsvorsitzender der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft
(bis 28. September 2012)

Dietmar Wehrich
Angestellter im Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft Vergütungen in Höhe von TEUR 33.

Halle (Saale), den 24. Mai 2013

Die Geschäftsführung

Matthias Lux
(Vorsitzender)

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther

Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Anderung des Konsolidierungs- kreises	31.12.2012	01.01.2012	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Kumulierte Abschreibungen		Anderung des Konsolidierungs- kreises	31.12.2012	Buchwerte	
	01.01.2012	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge					Umbuchungen	Abgänge			31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR					EUR	EUR			EUR	EUR
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	85.101,59	0,00	0,00	44.843,18	0,00	40.258,41	53.763,59	21.275,00	0,00	44.843,18	0,00	30.195,41	10.063,00	31.338,00
B. Anlagevermögen														
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	31.598.348,01	1.259.818,81	369.539,17	43.620,98	0,00	33.184.085,01	27.844.186,57	1.534.156,14	0,00	42.601,98	0,00	29.335.740,73	3.848.344,28	3.754.161,44
2. Geschäfts- und Firmenwert	13.772.588,70	0,00	0,00	0,00	0,00	13.772.588,70	11.213.812,76	1.279.387,98	0,00	0,00	0,00	12.493.200,74	1.279.387,96	2.558.775,94
3. Geleistete Anzahlungen	363.458,17	79.500,65	-154.102,80	46.910,32	0,00	241.945,70	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	241.945,70	241.945,70	363.458,17
	45.734.394,88	1.339.319,46	215.436,37	90.531,30	0,00	47.198.619,41	39.057.999,33	2.813.544,12	0,00	42.601,98	0,00	41.828.941,47	5.369.677,94	6.676.395,55
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	302.177.176,77	2.578.338,40	417.925,36	748.216,18	0,00	304.425.224,35	175.647.019,75	6.943.870,79	-376.522,67	609.504,83	0,00	181.604.863,04	122.820.361,31	126.530.157,02
2. Technische Anlagen und Maschinen														
2.1 Erzeugungsanlagen	199.603.929,61	1.942.034,35	1.166.449,13	354.178,51	0,00	202.358.234,58	122.781.117,61	5.416.990,89	0,00	276.639,92	0,00	127.921.468,58	74.436.766,00	76.822.812,00
2.2 Verteilungsanlagen	906.817.441,66	24.303.038,42	5.900.345,12	1.329.964,93	0,00	935.690.860,27	415.723.511,98	24.858.863,08	376.522,67	1.234.569,66	0,00	439.724.328,07	495.966.532,20	491.093.929,68
2.3 Gleisanlagen und Fahrzeuge ÖPNV	397.173.448,44	4.495.361,87	4.683.094,42	724.982,49	0,00	405.626.922,24	194.493.700,44	15.656.950,29	0,00	724.982,49	0,00	209.425.668,24	196.201.254,00	202.679.748,00
2.4 Andere technische Anlagen	117.881.173,96	2.744.978,65	1.695.453,31	413.332,59	0,00	121.908.273,33	87.061.552,09	3.233.176,57	0,00	358.889,39	0,00	89.935.839,27	31.972.434,06	30.819.621,87
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.177.107,86	6.208.001,12	1.235.678,86	3.676.630,63	57.394,91	103.001.552,12	80.490.782,96	6.144.172,63	0,00	3.598.753,32	12.171,91	83.048.374,18	19.953.177,94	18.686.324,90
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	44.648.922,52	24.717.267,06	-15.314.382,57	2.560.875,71	0,00	51.490.931,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51.490.931,30	44.648.922,52	44.648.922,52
	2.067.479.200,82	66.989.019,87	-215.436,37	9.808.181,04	57.394,91	2.124.501.998,19	1.076.197.684,83	62.254.024,25	0,00	6.803.339,61	12.171,91	1.131.660.541,38	992.841.456,81	991.281.515,99
III. Finanzanlagen														
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	50.000,00	0,00	0,00	0,00	-25.000,00	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	50.000,00
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	16.150.017,15	300.486,59	0,00	342.882,59	0,00	16.107.621,15	2.765.633,62	5.169.124,15	0,00	0,00	0,00	7.934.757,77	8.172.863,38	13.384.383,53
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	1.472.636,17	0,00	0,00	0,00	0,00	1.472.636,17	349.999,00	0,00	0,00	0,00	0,00	349.999,00	1.122.637,17	1.122.637,17
4. Wertpapiere des Anlagevermögens	5.000.000,00	0,00	0,00	3.000.000,00	0,00	2.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.000.000,00	5.000.000,00
5. Sonstige Ausleihungen	2.556.459,41	0,00	0,00	0,00	0,00	2.556.459,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.556.459,41	2.556.459,41
	25.229.112,73	300.486,59	0,00	3.342.882,59	-25.000,00	22.161.716,73	3.115.632,62	5.169.124,15	0,00	0,00	0,00	8.284.756,77	13.876.959,96	22.113.480,11
	2.138.442.708,43	68.628.825,92	0,00	13.241.594,93	32.394,91	2.193.862.334,33	1.118.371.316,78	70.236.692,52	0,00	6.845.941,59	12.171,91	1.181.774.239,62	1.012.088.094,71	1.020.071.391,65

Konzern-Kapitaflussrechnung

	2012 TEUR	2011 TEUR
Jahresergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	3.057	20.801
Abschreibungen / Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	70.258	66.553
Anteilige Jahresergebnisse assoziierter Unternehmen	101	742
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erläge*(-)	-26.057	-31.430
Zunahme / Abnahme (-) der Rückstellungen	3.778	-16.008
Verlust / Gewinn (-) aus dem Abgang von Anlagevermögen	2.497	1.708
Gewinnausschüttungen assoziierter Unternehmen	137	289
	<u>53.771</u>	<u>42.655</u>
Zunahme (-) / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-25.981	11.121
Zunahme / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	363	-9.632
Ein- und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	-6.583	-877
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>21.570</u>	<u>43.267</u>
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	557	0
Auszahlungen (-) für Investitionen in Sachanlagen	-58.574	-68.525
Auszahlungen (-) für Investitionen in immaterielle Anlagen	-1.339	-1.837
Einzahlungen aus Abgängen von Wertpapieren	3.000	0
Auszahlungen (-) für Investitionen in assoziierte Unternehmen	-200	-494
Auszahlungen für Investitionen in (nicht einbezogene) verbundene Unternehmen	0	-25
Auszahlungen für Investitionen in Beteiligungen an übrigen Unternehmen	0	-250
Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-56.556</u>	<u>-71.131</u>
Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter	-7	-16
Veränderung der (Finanz-) Kredite	-16.074	5.586
Einzahlungen in den Sonderposten für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge sowie vereinnahmte Betriebskostenzuschüsse	16.525	17.520
Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>444</u>	<u>23.090</u>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	<u>-34.542</u>	<u>-4.774</u>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	81.686	86.460
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>47.144</u>	<u>81.686</u>
	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
	TEUR	TEUR
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Liquide Mittel	46.804	81.953
Wertpapiere des Umlaufvermögens	229	197
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (-)	-2	0
Jederzeit fällige Verbindlichkeiten (-) Cash-Pool gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	113	-464
	<u>47.144</u>	<u>81.686</u>

Konzern-Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2012

	Mutterunternehmen				Minderheitsgesellschafter			Konzerneigenkapital EUR
	Gezeichnetes Kapital EUR	Kapitalrücklage EUR	Erwirtschaftetes Konzern Eigenkapital EUR	Eigenkapital EUR	Minderheiten- kapital EUR	Kumuliertes übriges Konzernergebnis EUR	Eigenkapital EUR	
Stand zum 31. Dezember 2010	30.000.000,00	24.908.009,81	204.067.320,01	258.975.329,82	1.141.442,65	-2.167.503,48	-1.026.060,83	257.949.268,99
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	-16.410,48	0,00	-16.410,48	-16.410,48
Konzern-Jahresüberschuss	0,00	0,00	15.705.226,14	15.705.226,14	0,00	3.024,98	3.024,98	15.708.251,12
Konzerngesamtergebnis	0,00	0,00	15.705.226,14	15.705.226,14	-16.410,48	3.024,98	-13.385,50	15.691.840,64
Stand zum 31. Dezember 2011	30.000.000,00	24.908.009,81	219.772.546,15	274.680.555,96	1.125.032,17	-2.164.478,50	-1.039.446,33	273.641.109,63
Ausschüttungen an Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	-6.384,01	0,00	-6.384,01	-6.384,01
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	3.121,01	3.121,01	0,00	0,00	0,00	3.121,01
Konzern-Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	-3.551.990,01	-3.551.990,01	0,00	7.666,67	7.666,67	-3.544.323,34
Konzerngesamtergebnis	0,00	0,00	-3.548.869,00	-3.548.869,00	-6.384,01	7.666,67	1.282,66	-3.547.586,34
Stand zum 31. Dezember 2012	30.000.000,00	24.908.009,81	216.223.677,15	271.131.686,96	1.118.648,16	-2.156.811,83	-1.038.163,67	270.093.523,29

Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1 Geschäft und wesentliche Veränderungen

Der Konzern der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) ist mit seinen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an insgesamt 32 Unternehmen in den Geschäftsfeldern „Energieversorgung und Energieeffizienz-Dienstleistungen“, „Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe“, „Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und Logistik“ sowie „Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste“ tätig. In Sachsen-Anhalt ist der Konzern die größte kommunale Unternehmensgruppe mit beachtlicher Bedeutung für die regionalwirtschaftliche Entwicklung.

Hierbei erfolgt die ökonomische Verflechtung der Stadtwerke-Gruppe mit der Region auf direktem Wege über die Beauftragung von überwiegend regionalen Unternehmen für Investitionen, Instandhaltungen, Materiallieferungen sowie sonstige Dienst- und Fremdleistungen. Zusätzlich zu den direkten und indirekten steuerlichen Fiskaleffekten entwickeln die Einkommen der im Jahresdurchschnitt 2012 beschäftigten 2.701 Mitarbeiter und Auszubildenden des Konzerns weitere indirekte Nachfrageeffekte im regionalen Wirtschaftskreislauf.

1.1 Konzernstruktur und Steuerung

Energieversorgung Energieeffizienz- Dienstleistungen	Wasserversorgung Abwasserentsorgung Abfallentsorgung Sekundärrohstoffe	Öffentlicher Personennahverkehr Mobilität Logistik	Kommunale Infrastruktur- Dienstleistungen Interne Dienste
EVH GmbH 100 % SWH	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH	Hallesche Verkehrs AG 100 % SWH	
Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH	Hafen Halle GmbH 100 % SWH	IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH	RAB Halle GmbH 100 % SWH	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH 51 % HAVAG	FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH
Holzwerkstatt Halle Trotha GmbH 50 % SWH	TELEION Abwasser- behandlung GmbH 100 % SWH	Saalebus GmbH 50 % HAVAG	Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditisten: 82,9 % SWH; 12,5 % HWS;
Meter1 Verwaltung GmbH 33,3 % EVH	Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS	Mitteldeutscher Verkehrsbund GmbH 10,95 % HAVAG	Bäder Halle GmbH 100 % SWH
Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist: 33,3 % EVH	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH	Einkaufs- u. Wirtschafts- gesellschaft für Verkehrs- unternehmen mbH 0,63 % HAVAG	W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geisetal mbH (EWAG) 20 % SWH	RPL Recyclingpark Lochau GmbH 100 % SWH		Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH 100 % SWH
Energieunion GmbH 3,4 % SWH			lives Dienste GmbH 100 % HWS
Trianel GmbH 1,09 % SWH			Servicegesellschaft Saale mbH 51 % HAVAG
<input type="checkbox"/> Geschäftsfeldführungsgesellschaft			A/V/E GmbH 23,9 % SWH
<input type="checkbox"/> Tochterunternehmen, Beteiligung			M-Exchange AG 7 % SWH

Die Konzernstruktur gliedert sich in die Geschäftsfelder „Energieversorgung und Energieeffizienz-Dienstleistungen“ (kurz: Energie), „Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Sekundärrohstoffe“ (kurz: Wasser und Entsorgung), „Öffentlicher Personennahverkehr, Mobilität und

Logistik“ (kurz: Mobilität) und „Kommunale Infrastrukturdienstleistungen und interne Dienste“ (kurz: Services). Die Steuerung der ersten drei Geschäftsfelder erfolgt, in Abstimmung und Koordination der Konzerngeschäftsführung, von den Geschäftsführungen der Geschäftsfeldführungsgesellschaften.

1.1.1 Geschäftsfeld Energie

Das Geschäftsfeld wird durch die Führungsgesellschaft EVH GmbH (EVH) geleitet, die in enger Kooperation mit ihren Tochterunternehmen, Energieversorgung Halle Netz GmbH und Netzgesellschaft Industriegebiet A14 mbH, ihre Kernleistungen in den Bereichen Erzeugung von Strom und Wärme, die Lieferung und die Verteilung von Strom, Gas und Wärme, die Speicherung von Wärme sowie die Erbringung vielfältiger energienaher Dienstleistungen erbringt. Als Betriebsführer der Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH, einem Gemeinschaftsunternehmen der SWH und der VNG AG, Leipzig, wird die bedarfsgerechte Wärmeerzeugung für das Stadtgebiet Halle sichergestellt.

Über die Meter1 GmbH & Co.KG wird in Partnerschaft mit den Stadtwerken Leipzig und Jena-Pößneck auf die Erschließung des erwarteten Wachstumsmarktes für neue Energieabrechnungssysteme (Smart-Metering) abgezielt. Erstmals mit ihrem vollen Geschäftsjahr geht die Beteiligung der EWAG in das Konzernportfolio ein. Hier werden neben der Ausweitung des Geschäftsfeldes Energie auch die Schnittstellen zur Reststoffverwertung (Ersatzbrennstoff) und zur Trinkwassererzeugung und -verteilung bearbeitet. Über die Beteiligungen an der Energieunion GmbH und der Trianel GmbH wird der Zugang zu Energiehandelsgeschäften von Strom und Gas unterstützt. Die Beteiligungen des Geschäftsfeldes an der Trianel GmbH ermöglicht der Gruppe die mittelbare Teilhabe an Großprojekten aus den Bereichen Energiespeicherung, Energiehandel, regenerative Energieerzeugung und Gemeinschaftskraftwerke verschiedenster Medien. Darunter fällt auch die Beteiligung und Mitwirkung an weiteren Projektgesellschaften in Bezug auf Wasserspeicherkraftwerke, Onshore-Windkraft und Elektromobilität.

1.1.2 Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Im Wesentlichen von der Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH werden die Kernleistungen des Geschäftsfeldes erbracht und erfolgen durch Leistungen in der Trinkwasserversorgung sowie in der Abwasser- und Abfallentsorgung.

Ergänzt wird das Leistungsportfolio durch die kommunalen Dienstleistungen der Straßenreinigung, des Winterdienstes und der Gebäudereinigung. Darüber hinaus werden Leistungen des Geschäftsfeldes durch Containerdienste sowie insbesondere auch durch technische und kaufmännische Betriebsführungsdienstleistungen für Dritte komplettiert.

Mit der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau erstreckt sich das Geschäftsfeld auf die Renaturierung des ehemaligen Deponiegeländes und auf die Ansiedlung von deponieaffinen Branchenunternehmen. Ein erfolgreiches Beispiel dieser Ansiedlungsstrategie am Standort ist die RAB Halle GmbH, welche die kommunalen Abfälle der Stadt Halle (Saale) aufbereitet und zusätzlich eine Ersatzbrennstoffherstellung betreibt. Vervollständigt wird das Geschäftsfeld von den Leistungen der TELONON Abwasserbehandlung GmbH, der WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH sowie der RPL Recyclingpark Lochau GmbH i.L.

1.1.3 Geschäftsfeld Mobilität

Im Geschäftsfeld Mobilität sind im Wesentlichen die verkehrsaffinen Aktivitäten der Stadtwerke-Gruppe konzentriert. Hierzu zählen die für die HAVAG typischen Verkehrsleistungen mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle und im angrenzenden Umland, Mietwagen- und Gelegenheitsverkehre sowie der Betrieb von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs. Die Beteiligungen an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH und an der Saalebus GmbH erbringen als Joint-Ventures mit anderen Verkehrsunternehmen geschäftsfeldnahe Services und Dienstleistungen (Busverkehrs-, Reinigungs- und Winterdienste u. ä.) für die HAVAG.

Ein weiteres Standbein des Konzerngeschäftsfeldes bilden die Leistungen der Hafen Halle GmbH. Der Hafen ist neben der Vorhaltung der hafenaffinen Infrastruktur in den Bereichen Bahnleistungen (Zug-, Traktions- und Rangierleistungen sowie Vermietung von Triebfahrzeugen), Containerumschlag (Steuerung und Depotverwaltung von Übersee-Containern im straßen- und schienengebundenen Verkehr), dispositive Leistungen (Organisation, Steuerung und Überwachung komplexer Transportketten im kombinierten Verkehr zwischen Überseehäfen und Kunden) sowie im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen (Vermietung und Verpachtung von Betriebs- und Büroflächen) tätig.

1.1.4 Geschäftsfeld Services

In dem Geschäftsfeld werden alle ausgegliederten und geschäftsfeldübergreifenden internen Dienste des Konzerns, sowie bestimmte ausgegliederte kommunale Dienstleistungsbereiche unter Nutzung von Effizienzvorteilen konzentriert.

Eine wesentliche Säule des Geschäftsfeldes bildet die IT-Consult GmbH als Kompetenzzentrum für Informationstechnologie, Telekommunikations- und Abrechnungsdienstleistungen, die darüber hinaus Dienstleistungen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Systemintegration und Rechenzentrumsleistungen, Internet, Multimedia, grafische Datenverarbeitung und Softwareentwicklung auch für externe Kunden erbringt.

Weitere Unterstützungsfunktionen für den Konzern werden durch die W+H Wasser und Haustechnik GmbH mit Service- und Dienstleistungen für haustechnische Anlagen und für Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft bereitgestellt. Dienstleistungen auf dem Gebiet der Gebäudereinigung und der Entsorgung von Leichtverpackungen werden über die Cives Dienste GmbH angeboten. Verkehrsnahe Dienstleistungen, wie Fahrgast- und Fahrzeugservices, Gebäudereinigung sowie Infrastrukturservices, gehören zum Aufgabenspektrum der Servicegesellschaft Saale mbH.

Schwerpunkte der kommunalnahen Infrastrukturdienstleistungen bilden das Betreiben eines Freizeit- und Erlebnisbades durch die gleichnamige Maya mare (GmbH & Co. KG) und sieben öffentlicher Hallen- und Freibäder durch die Bäder Halle GmbH. In den Bereich kommunalnaher Dienstleistungen gehören auch die Leistungen der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH.

1.2 Wesentliche Veränderungen des Konzerns

1.2.1 Personalbereich

Mit dem Übergang von Mitarbeitern des Personalbereichs der HAVAG zum Personalbereich des Konzernmutterunternehmens wurde das Projekt der Zentralisierung von personalwirtschaftlichen Ressourcen auf Ebene der Holding erfolgreich abgeschlossen. Zusätzlich zu der damit intendierten Nutzung von operativen Effizienzvorteilen für die gesamte Gruppe liegt der Schwerpunkt des zentralen Personalbereiches in der an den strategischen Zielen des Konzerns ausgerichteten Entwicklung und Förderung von Nachwuchskräften (Talentpool) und in der damit korrespondierenden Führungskräfteentwicklung.

1.2.2 Führungsstruktur

Im Anschluss an die im Vorjahr vollzogene Umstrukturierung des Beteiligungsportfolios des Konzerns in die Geschäftsfelder Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services wurde im Geschäftsjahr mit der Neubesetzung der Geschäftsführungen in den Geschäftsfeldführungsgesellschaften begonnen, welche im ersten Quartal des Jahres 2013 abgeschlossen werden konnte.

Die EVH GmbH als Geschäftsfeldführungsgesellschaft für das Geschäftsfeld Energie wird zukünftig durch Herrn Olaf Schneider geleitet. Herr Jörg Schulze ist als neuer Geschäftsführer der Hallesche Wasser und

Stadtwirtschaft GmbH für das Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung verantwortlich, während das Geschäftsfeld Mobilität durch den neuen Vorstand der Hallesche Verkehrs-AG, Herrn Vinzenz Schwarz, geführt wird.

Im Zuge vorgenannter Änderungen in der Führungsstruktur sind Herr François Girard aus der Geschäftsführung der SWH, Herr Berthold Müller-Urlaub aus der Geschäftsführung der EVH GmbH, Herr Dr. Lutz Gaudig aus der Geschäftsführung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH sowie Herr François Girard und Herr René Pietsch aus dem Vorstand der Hallesche Verkehrs-AG ausgeschieden.

1.2.3 Unternehmensentwicklung

Mit Beginn des Geschäftsjahres 2013 hat die neue Struktureinheit „Unternehmensentwicklung“ in der Holding ihre Arbeit aufgenommen. Schwerpunkt der Unternehmensentwicklung bildet die Koordination und Umsetzung von operativen und strategischen Projekten der SWH-Gruppe und von gemeinsamen Projekten mit der Stadt Halle (Saale).

1.3 Steuerliche Organschaft

Die steuerliche Organschaft der SWH erstreckt sich auf die Unternehmen EVH GmbH, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH, Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Hafen Halle GmbH, IT-Consult Halle GmbH, TELONON Abwasserbehandlung GmbH, Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH und RAB GmbH.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Im Kalenderjahr 2012 verringerte sich die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes auf 0,7 Prozentpunkte. Zwar lag die konjunkturelle Dynamik somit zum zweiten Mal in Folge unter dem Vorjahreswert (2010: + 4,0 %, 2011: 3,1 %). Vor dem Hintergrund der europäischen Rezession ist die abgeflachte Wachstumsrate Deutschlands jedoch Ausweis einer robusten und widerstandsfähigen Wirtschaftsentwicklung. Als wesentlich für die wirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich der Außenhandel (Zuwachs um 4,1 %) und die Konsumausgaben. Dagegen waren die Investitionsausgaben seit 2009 erstmals rückläufig.

Hierbei dürfte die ostdeutsche Wirtschaft im vergangenen Jahre weniger zugelegt haben als Westdeutschland. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder zeigt für das erste Halbjahr 2012 ein bundesdeutsches Wirtschaftswachstum von 1,1 %, während die entsprechenden Werte für Ostdeutschland mit 0,4 % und für Sachsen-Anhalts mit 0,1 % ausgewiesen wurden.

2.2 Arbeitsmarkt

Der moderate Zuwachs in der Wirtschaftsleistung führte auch auf den Arbeitsmärkten zu positiven Effekten. So verringerte sich die Arbeitslosenquote im Bund um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent. Während sich hierbei die Arbeitslosenquote Ostdeutschlands im Jahresverlauf um 0,4 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent verringerte, sank die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt um 0,2 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent.

2.3 Bevölkerungsentwicklung

Bereits zum dritten Mal in Folge war in der Stadt Halle (Saale) einen Zuwachs der Bevölkerung zu verzeichnen. Mit 232.535 Einwohnern lebten 896 Menschen mehr in der Saalemetropole als im Vorjahr. Der Zuwachs von Ende 2010 bis zum Ende 2011 betrug 808 Einwohner.

2.4 Umfeld- und Marktentwicklungen

Die Unternehmen der Stadtwerke-Gruppe sind sachlich und räumlich in unterschiedlichen Märkten tätig. Die Märkte wiesen aber in Folge fortgesetzt hoher Wettbewerbsintensitäten, steigenden Erlös- und Kostendrucks sowie hoher Qualitätsanforderungen vergleichbare Entwicklungsmuster auf.

Daneben behielten die Volatilitäten auf den Rohstoffmärkten eine weiterhin hohe Relevanz für die Erfolgsposition der Stadtwerkegruppe. In erster Linie bezog sich dieses auf die Energie-, Wertstoff- und Wasserpreise. Bezugsseitig hatten die Preisentwicklungen für Energien, Wasser und Kraftstoffe bedeutenden Einfluss auf die Kostenentwicklung der Gruppe bei wettbewerbsbedingt geringeren Preiswältigungsspielräumen.

Besonderes Augenmerk galt der Entwicklung in der Stromerzeugung. In Folge der EEG-Förderung nahm der Anteil regenerativer Energieträger und in Folge des rapiden Preisverfalls bei CO₂-Zertifikaten der Anteil der Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung zu. In Folge dessen gerieten Gaskraftwerke unter Ertragsdruck.

Neben den vorgenannten Entwicklungen hatte die SWH auch die Ergebnisanforderungen der Gesellschafterin zu beachten, welche weiterhin auf eine vollständige Deckung der Zuschuss- und Verlustbetriebe durch Eigenmittel der Gruppe abzielen.

2.4.1 Geschäftsfeld Energie

Aufgrund der fortlaufenden Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen stand die deutsche Energiewirtschaft auch in diesem Geschäftsjahr vor neuen Herausforderungen. Im Gesetzgebungsverfahren wurden zahlreiche Eingriffe vorgenommen, die zum Teil erhebliche Einflüsse auf die wirtschaftliche Entwicklung des Geschäftsfeldes haben.

So wurde im Bereich der Stromverteilung ein neues Preiselement zur Entlastung der Großindustrie eingeführt. Nach § 19 Abs. 2 Stromnetzentgeltverordnung müssen Industrieunternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 10 GWh pro Jahr und mit mehr als 7.000 Benutzungsstunden pro Jahr keine Netzentgelte mehr zahlen. Die dadurch entgangenen Erlöse der Netzbetreiber sollen durch die Erhebung der neuen Umlage kompensiert werden.

Mit der Novellierung des Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) 2012 wurden zum 1. April 2012 für die Einspeisung von EEG-Strom neue Vergütungsklassen und Größenbegrenzungen eingeführt. Außerdem wurde eine Absenkung der Einspeisevergütung vorgenommen. Hintergrund waren der starke Zubau bei Photovoltaikanlagen und die steigenden Einspeisevergütungen.

Am 19. Juli 2012 trat das novellierte Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) mit der Zielsetzung in Kraft, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent anzuheben. Für alle neuen und modernisierten KWKG-Anlagen sowie für auf den KWKG-Betrieb umgerüstete Kondensationsanlagen mit einer Inbetriebnahme ab dem 19. Juli 2012 können höhere KWKG-Zuschlagszahlungen in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus fördert das neue Gesetz nunmehr auch den Neu- und Ausbau von Wärme- und Kältenetzen sowie von Wärme- und Kältespeichern, die überwiegend mit KWKG-Wärme betrieben werden. Neu ist auch die Förderung von Wärmenetzen und Wärmespeichern von mit Biomasse betriebenen KWKG-Anlagen.

Im Zuge der Gründung der Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH (SHS) wurde mit der EVH GmbH ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag geschlossen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2012 ging das mit den Aufgaben der Stadtbeleuchtung befasste Personal der EVH auf die Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH über. Die Verträge über kaufmännische und technische Dienstleistungen sowie die Belieferung mit Strom blieben im abgelaufenen Geschäftsjahr in ihrem Umfang bestehen.

Im vorangegangenen Geschäftsjahr 2011 wurden alle Funktionen der Abrechnungsleistungen Strom, Gas und Fernwärme auf die IT-Consult Halle GmbH ausgelagert. In Folge dessen ging das betreffende Personal mit Wirkung zum 1. Januar 2012 auf die IT-Consult über.

Anfang September 2012 wurden neue Konzessionsverträge zur Strom- und Gasversorgung zwischen der Stadt Halle und der EVH GmbH unterzeichnet. Die Verträge beginnen ab dem 1. Januar 2013 und haben eine Laufzeit von 20 Jahren.

Der Preis für Rohöl bewegte sich am Ende des vierten Quartals 2012 um die 110-Dollar-Marke je Barrel und blieb somit trotz eines konjunkturell unsicheren Ausblicks im europäischen Wirtschaftsraum auf hohem Niveau. Die gestiegenen Ölpreise führten bei Gasbezugsverträgen mit Ölpreisbindung zu teilweise höheren Beschaffungskosten im Geschäftsfeld. Dem gegenüber sank im Dezember 2012 der VIK-Strompreisindex auf 148,6 Prozent (Dezember 2011: 162,1 Prozent). Der Index spiegelt die Entwicklung des Strompreises für große Kunden wider und basiert auf der Börsenpreisentwicklung und den Netzentgelten. Die steigenden Gasbezugskosten wirkten sich bei gleichzeitig sinkenden Strompreisen negativ auf den Deckungsbeitrag in der Eigenerzeugung aus.

2.4.2 Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Zum Jahresbeginn 2012 wurde in Sachsen-Anhalt ein Wasserentnahmeentgelt eingeführt. Demzufolge mussten die Preise für Trinkwasser diese Sonderabgabe von 5 Cent je Kubikmeter berücksichtigen und dies erforderte im Verlauf des Geschäftsjahres eine Preisanpassung. Zur Dämpfung des Preisanstieges konnten im Geschäftsfeld Kostensenkungsmaßnahmen realisiert werden, die ab dem 1. Januar 2013 eine Preissenkung ermöglichten.

Für die Leistungen der kommunalen Abfallentsorgung wurden im Jahr 2012 die Rahmenparameter der Abfallwirtschaftssatzung überarbeitet. Der somit formulierte Gesamtauftrag mündete abschließend in der Abfallgebührensatzung, welche für den Zeitraum 2013/2014 eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,8 Prozent mit sich brachte.

Die Preise für die Abwasserentsorgung konnten infolge erfolgreich umgesetzter Kostensenkungsmaßnahmen reduziert werden. Für Schmutzwasser sank der Preis mit Wirkung zum 1. Januar 2013 um 9 Cent pro Kubikmeter.

Mit dem hohen Maß an Kundenorientierung und Qualitätsstandards konnten die Unternehmen des Geschäftsfeldes Wasser und Entsorgung sowohl im Stadtgebiet von Halle (Saale) als auch in den regional angrenzenden Landkreisen zusätzliche Aufträge generieren. Darüber hinaus war es in einzelnen Bereichen gelungen, die Wertschöpfung im Geschäftsfeld zu erweitern und die Dienstleistungspalette, beispielsweise um die Herstellung eines Ersatzbrennstoffes, zu erweitern.

Mit der 1. Verordnung zur Änderung der Deponieverordnung vom 1. Dezember 2011 wurden die Einbaukriterien für den Rekultivierungsbetrieb der Deponie Halle-Lochau wesentlich verschärft. Zur Umsetzung dieser Veränderungsverordnung mussten die Abläufe bei der Abfallannahme und bei der Abfallkontrolle aktualisiert werden. In Folge der Anpassung konnte zeitgleich eine höhere Transparenz für die Kontrollbehörden erreicht werden.

Den steigenden Bezugspreisen für Dieselmotorkraftstoff setzten die Unternehmen eine ständige Überwachung ihrer Abläufe zur Kostenoptimierung entgegen. Teilweise kamen dabei datentechnische Erfassungsmodule zur Analyse der Abläufe zur Anwendung. Im Rahmen eines umfangreichen Projektes konnte dadurch im Einsatz der Entsorgungsfahrzeuge nennenswerte Kraftstoffeinsparungen und darüber hinaus Reduzierungen von Reparaturkosten durch geringere Verschleißerscheinungen erzielt werden.

Eine weitere Veränderung der Rahmenbedingungen, welche im logistikintensiven Geschäftsfeld markante Auswirkungen zeigte, war die Einführung der Umweltzone ausgangs des Jahres 2011 in der Stadt Halle (Saale). Gezielt wurden die Ersatzbeschaffungen der Fahrzeuge auf die Anforderungen der reduzierten Feinstaub- und Kohlendioxidemission ausgerichtet. Bei gegebenen technischen Möglichkeiten setzte das Geschäftsfeld auf den Einsatz von Elektroenergie- oder Erdgasantrieben.

Im Ergebnis des Strategiekonzeptes bis zum Jahr 2020 wurden zahlreiche organisatorische Veränderungen initiiert und umgesetzt. Diverse Einzelmaßnahmen zielten dabei auf die Straffung der internen Strukturen, beispielsweise durch die Zusammenlegung von gleichartigen Organisationseinheiten, oder begründeten sich in der Optimierung der Geschäftstätigkeit innerhalb des Geschäftsfeldes oder des Konzerns, beispielsweise durch die Bündelung aller Maßnahmen zur Pflege und zum Ausbau der Netzinfrastruktur.

2.4.3 Geschäftsfeld Mobilität

Das Angebot öffentlicher Personennahverkehrsleistungen bewegte sich auch im Jahr 2012 in schwierigen äußeren Rahmenbedingungen. Gegenüber dem Vorjahr war eine Leistungsreduzierung im Straßenbahnbereich (Nutz-Zug-km: -2,7%, Nutz-Wagen-km: -1,8%) zu verzeichnen, welche im Wesentlichen auf die Reduzierung der Fahrtenzahlen sowie auf die Baumaßnahme „Weiße Mauer“ in Merseburg zurückzuführen war. Der Rückgang der Nutz-Wagen-km im Bus-Linienverkehr (-2,3 %) war Folge der durchgeführten Angebotsoptimierungen. Der Rückgang der Fahrgastzahlen um -0,6 Mio. auf 52,9 Mio. war auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Hierzu zählten insbesondere die Veränderung der Gültigkeit der Schülerzeitkarte, ein Nachfragerückgang bei Zeitkarten im Ausbildungstarif und beim Schülerferienticket, Nachfragerückgänge bei Monatskarten und Abonnements für Jedermann sowie Jobtickets und ein Rückgang der Beförderung von Schwerbehinderten.

Von wesentlicher Bedeutung blieb die Einhaltung der Sollkosten des ÖPNV-Bereiches, die denen eines „durchschnittlich gut geführten“ Unternehmens gemäß des 4. Kriteriums des EuGH-Urteils vom 24. Juli 2003 entsprechen. Das vorgenannte Kriterium ist maßgeblich für die beihilferechtliche Zulässigkeit von Zuschüssen in diesem Bereich. Im Jahr 2012 konnte diese Vorgabe deutlich unterschritten werden.

Der Tarifvertrag für Nahverkehrsbetriebe Sachsen-Anhalt (TV-N LSA) und der Entgelttarifvertrag wurden zum 31. Dezember 2012 durch ver.di gekündigt. Die Tarifverträge zur Herabsetzung der regelmäßigen

wöchentlichen Arbeitszeit waren zum 31. Dezember 2012 ausgelaufen. Im März 2013 wurden neue Tarifverträge endverhandelt, welche eine Beibehaltung der herabgesetzten Arbeitszeit bei gestaffeltem Entgeltausgleich vorsehen.

Die Entwicklung der hafenaffinen Aktivitäten des Geschäftsfeldes zeichnet sich im Logistikbereich durch eine hohe Konjunkturabhängigkeit aus. Trotz eines im Jahr 2012 bundesweit leichten Rückganges im Güterverkehr (Verringerung der Tonnagen der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße um 2,7%) konnte die Gesamtverkehrsleistung um 27 % auf rd. 1,7 Mio. Tonnen ausgebaut werden. Maßgeblichen Anteil daran hatte der Containerumschlag bzw. der kombinierte Verkehr (Straße-Schiene) mit einer Zunahme um rd. 30 % auf 0,9 Mio. Tonnen.

Die auf dem Gelände des Hafens geplanten Ansiedlungen der OTK Oil Trading Kraftstoff GmbH sowie der Pyrolytech GmbH verzögerten sich aufgrund einer Klage gegen die Bau- und Betriebsgenehmigung der Firma Pyrolytech GmbH aus dem Jahr 2011. Die zwischenzeitlich widerrufenen Genehmigungen wurden durch das Landesverwaltungsamt nunmehr wieder erteilt. Der Baubeginn für die von der Pyrolytech GmbH geplante Pyrolyseanlage ist frühestens für das IV. Quartal 2013 und die Produktionsaufnahme für Mitte 2015 vorgesehen. Im Falle der OTK Oil Trading Kraftstoff GmbH ist der Bau des Tankmischlagers für das II. Quartal 2013 und der Produktionsbeginn im IV. Quartal 2013 geplant.

Das Land Sachsen-Anhalt hatte nach Auswertung von Gutachten über die wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des seit Jahren strittigen Saaleausbaues im Jahr 2012 Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsministerium mit dem Ziel aufgenommen, die Vollendung des Saaleausbaus weiterhin als Bestandteil des neuen Bundesverkehrswegeplans zu belassen, der im Jahr 2015 in die Beschlussfassung gelangen soll. Ein entsprechender Antrag wurde vom Land Sachsen-Anhalt gestellt. Im Saaleausbau wird ein bedeutender Erfolgsfaktor für die zukünftige Entwicklung des Hafens gesehen.

2.4.4 Geschäftsfeld Services

Das Umfeld für IT-Dienstleistungen des Geschäftsfeldes war stark geprägt durch die geringen Finanzierungsspielräume der Kommunen in Folge der weiterhin angespannten Haushaltslagen. In Folge dessen waren die Spielräume für die Weiterentwicklung der DV-Infrastrukturen im kommunalen Bereich gering. Jedoch stehen die öffentlichen Verwaltungen weiterhin vor einem Rationalisierungsdruck, der wegen der hohen Anforderungen der Unternehmen und Bürger an die kommunalen Dienstleistungen (Stichwort: E-Government) eine weitere Anpassung der IT-Infrastrukturen erfordert. Der anhaltende Kostendruck in den Unternehmen der Stadtwerke, daran anknüpfende Projekte zur Prozessoptimierung und Harmonisierung der IT-Landschaft sowie veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen in der Energiewirtschaft (Stichwort: Unbundling, elektronischer Datenaustausch) führten zu einer Vielzahl neuer DV-Projekte. In diesem Umfeld werden weiteres Marktpotential und Wachstumsmöglichkeiten außerhalb des Konzerns gesehen.

Im Fokus der freizeittaffinen Dienstleistungen standen weiterhin die Aufrechterhaltung bzw. Steigerung der Attraktivität des Bäderangebotes bei gleichzeitiger Begrenzung der Kostenentwicklung. Im Jahr 2012 konnten die guten Besucherzahlen des Vorjahres (Bäder, Sauna, Fitness, Wellness) um 13 % gesteigert werden. Die Erfolgsposition sämtlicher Bäder des Geschäftsfeldes war von dem Freizeitverhalten der Kunden und der Vielfalt von Freizeitangeboten im Marktgebiet abhängig. Neben der Stabilisierung bzw. dem Ausbau des Umsatzes stand die weitere Optimierung der Kostenstrukturen im „Bäderverbund“ im Vordergrund. Die Bäder GmbH übernahm im Jahr 2012 die kaufmännische Betriebsführung für die Robert-Koch-Schwimmhalle. Im Verlauf des Jahres wurden die Vorbereitungen zum Abschluss eines diesbezüglichen Dienstleistungsvertrages weitgehend abgeschlossen - die Unterzeichnung erfolgte im Februar 2013.

Das Umfeld für die Erbringung der Service- und Unterstützungsfunktionen des Geschäftsfeldes für haustechnische Anlagen und für Zähl- und Messeinrichtungen, für die Gebäudereinigung und für die

Entsorgung von Leichtverpackungen sowie auch für verkehrsauffine Dienstleistungen ist weitgehend durch den wettbewerbsbedingten Kostendruck der Hauptkunden aus der Ver- und Entsorgung gekennzeichnet. Die Leistungen der Stadtbeleuchtung, welche den Betrieb, die Instandsetzung und Erneuerung von Beleuchtungsanlagen mit der Zielstellung der Effizienzsteigerung umfassen, waren vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage des Auftraggebers Stadt Halle (Saale) zu erbringen.

3 Ertragslage des Konzerns

3.1 Gesamtbetrachtung

Im Geschäftsjahr 2012 erzielte der Konzern einen Jahresertragsbeitrag von 3,5 Mio. EUR. Das Ergebnis war belastet durch die aus kaufmännischer Vorsicht erfolgte bilanzielle Vorwegnahme drohender Margenverluste in der Energieerzeugung. Trotz dieser antizipativen Ergebnisbelastung konnten zum dritten Mal in Folge der Finanzierungsbedarf sämtlicher Zuschuss- und Verlustbetriebe der Gruppe aus Eigenmitteln gedeckt werden.

Die Außenumsätze des Konzerns konnten zum Vorjahr nochmals um ca. 14,8 Mio. EUR, oder 2,6 %, gesteigert werden und erreichten 588,8 Mio. EUR. Der Anstieg resultierte hauptsächlich aus der Wärmeversorgung, dem Netzbetrieb sowie der Abwasserentsorgung und aus sonstigen Umsätzen.

Umsatzleistungen (konsolidiert)	2012	2011	2010	2009	2008
	Mio. EUR				
Stromversorgung	192,3	193,5	170,5	164,8	182,3
Erdgasversorgung	101,9	101,4	108,9	49,9	45,6
Fernwärmeversorgung	58,2	54,8	54,7	57,4	52,4
Netzbetrieb	24,0	21,9	17,0	12,7	9,8
Abwasserentsorgung	43,2	40,3	40,9	40,7	40,7
Wasserversorgung	32,8	32,1	31,9	31,5	32,1
Öffentlicher Personennahverkehr	37,1	38,0	36,1	36,7	33
Abfallentsorgung	22,0	22,1	18,9	21,4	15,1
Reinigungsdienstleistungen	10,9	11,2	10,9	10,2	10,2
Freizeit (Bäder)	5,6	5,2	4,5	3,9	3,7
DV/IT-Dienstleistungen	7,9	7,4	7,8	6,5	6,2
Hafen-Leistungen	1,8	1,3	1,3	0,5	0,6
Sonstiges	51,1	44,8	51,2	31,5	27,8
Gesamt	588,8	574,0	554,6	467,7	459,5

Bei einem Zuwachs der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 4,7 Mio. EUR zum Vorjahr und einer Abnahme aktivierter Eigenleistungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich die Gesamtleistung des Konzerns um 18,4 Mio. EUR.

Der vorgenannten Entwicklung in der Gesamtleistung des Konzerns lagen die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten Absatzentwicklungen zu Grunde. Eine Vertiefung der absatzseitigen Entwicklungen erfolgt unter den Erläuterungen zu den einzelnen Geschäftsfeldern des Konzerns.

Absatzleistungen (konsolidiert)	Einheit	2012	2011	2010	2009	2008
Energieversorgung						
Stromversorgung	GWh	1.598,6	1.699,5	1.523,0	1.424,6	1.659,7
Erdgasversorgung	GWh	2.471,8	2.786,6	3.208,1	1.141,0	1.043,4
Fernwärmeversorgung	GWh	802,5	675,9	810,0	741,1	710,6
Wasser- und Entsorgung						
Abwasserentsorgung	Mio. m ³	9,4	9,1	9,3	9,5	9,6
Wasserversorgung	Mio. m ³	16,4	16,4	16,3	16,2	16,7
Abfallwirtschaft	t	151.397,3	131.873,6	124.811,0	126.387,5	130.229,9
Gebäudereinigung	Objekte	271	284	287	292	284
Kehrkilometer	km	56.041,4	57.242,0	50.779,3	53.295,3	56.497,1
Mobilität						
Beförderte Personen ÖPNV	tausend	52.940	53.538	55.566	54.841	55.356
Personen-km ÖPNV	Mio.	329	331	343	342	347
Güterumschlag Hafen	t	1.651.404	1.297.296	1.140.664	648.959	960.601
Services						
Besucher (Bäder/Freizeit)	Anzahl	647.046	572.763	533.605	316.650	310.878

Der zum Vorjahr um 13,0 Mio. EUR gestiegene Materialaufwand spiegelt im Wesentlichen die gestiegenen Bezugskosten am Markt wider. Die aus den Umsatzerlösen und dem Materialaufwand ermittelte Rohmarge der Stadtwerke-Gruppe konnte im Vorjahresvergleich um 1,8 Mio. EUR zulegen und zeigt, dass die gestiegenen Materialaufwendungen trotz der bestehenden Wettbewerbsintensität weitergereicht werden konnten. In Folge dessen war auch ein Anstieg analog des Deckungsbeitrages des Konzerns zum Vorjahr um 5,5 Mio. EUR eingetreten.

Im Vergleich zum Vorjahr legte der Personalaufwand im Konzern um 3,1 Mio. EUR zu und erreichte 117,4 Mio. EUR. Der Anstieg von 2,6 % war hauptsächlich Folge von Tarifsteigerungen.

Die Abschreibungen des Konzerns verringerten sich im Vorjahresvergleich um 1,5 Mio. EUR auf 65,1 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen um 15,0 Mio. EUR über dem entsprechenden Wert des Vorjahres. Hauptgrund hierfür waren Rückstellungszuführungen (Drohverlustrückstellung) und Wertberichtigungen, die im Zusammenhang mit erwarteten Margenrisiken in der Energieerzeugung zum Zwecke der Risikovorsorge gebildet wurden.

Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2011 ergibt sich ein um 0,7 Mio. EUR gestiegenes Beteiligungsergebnis des Konzerns. Der Grund hierfür lag in der Equity-Konsolidierung in Verbindung mit einer Abschreibung auf Finanzanlagen (5,2 Mio. EUR) im Rahmen der Beteiligungsbewertung im Geschäftsfeld Energie.

Das Finanzergebnis lag mit -17,7 Mio. EUR um 1,6 Mio. EUR unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Hierbei verzeichnete der Konzern geringere Zinserträge (1,5 Mio. EUR, Vorjahr: 3,6 Mio. EUR) aus der Geldanlage, im Wesentlichen der Zinsmarktlage geschuldet. Die Zinsaufwendungen sanken geringfügig um 0,5 Mio. EUR auf 19,2 Mio. EUR.

Der Konzern erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr in Folge der vorgenannten Entwicklungen ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 6,7 Mio. EUR.

Das außerordentliche Ergebnis betrug -6,6 Mio. EUR und sank somit gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mio. EUR. Im Wesentlichen sind dafür Drohverlustrückstellungen für den Strom- und Gasbezug verantwortlich.

3.2 Ertragslage der Geschäftsfelder

Die Geschäftsfelder des Konzerns sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. In dem Bereich Zentrale/Konsolidierung sind die konsolidierten Aufwendungen und Erträge der Holding sowie die Konsolidierungsbuchungen des Konzerns erfasst.

Konzern - GuV 2012 konsolidiert, in Mio. EUR (rundungsbedingte Abweichungen im Nachkommabereich)	Energie	Wasser & Entsorg.	Mobilität	Services	Zentrale/ Konsolid.	Konzern
Umsatzerlöse	406,7	122,8	41,8	17,6	0,1	588,8
Bestandsveränderung	0,1	0,0	0,0	-0,3	0,0	-0,2
Andere aktivierte Eigenleistungen	2,2	0,8	0,2	1,4	0,0	4,6
Sonstige betriebliche Erträge	12,4	7,6	31,0	5,3	11,5	67,9
Gesamtleistung	421,4	131,2	73,0	24,0	11,5	661,1
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	262,0	13,9	7,0	6,2	0,0	289,1
Aufwendungen für bezogene Leistungen	40,1	13,4	16,4	4,1	0,0	74,0
Materialaufwand	302,1	27,2	23,5	10,3	0,0	363,1
Löhne und Gehälter	27,9	25,2	23,9	14,3	4,1	95,3
Soziale Abgaben	6,3	6,0	5,7	2,9	1,3	22,1
Personalaufwand	34,1	31,2	29,6	17,2	5,3	117,4
Abschr. auf immat. VG und Sachanlagen	20,2	20,3	22,3	2,2	0,1	65,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	32,2	25,2	10,8	2,7	17,1	88,0
Betriebsergebnis	32,9	27,2	-13,0	-8,4	-11,0	27,6
Erträge aus Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2
Verluste aus Beteiligungen	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2
Erträge aus anderen Wertp. U. Ausleihungen d. FA	0,0	1,8	0,1	0,0	0,1	2,0
Zinserträge	0,5	0,2	0,0	0,0	0,8	1,5
Abschr. auf Finanzanlagen und WP des UV	5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	5,2
Zinsaufwand	5,2	11,5	1,2	0,4	1,0	19,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22,9	17,6	-14,1	-8,7	-11,0	6,7
Außerordentliche Erträge	0,1	0,3	0,0	0,0	0,0	0,3
Außerordentliche Aufwendungen	5,9	0,8	0,0	0,2	0,0	6,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,8	0,0	0,0	1,3	2,1
Sonstige Steuern	1,2	0,1	0,1	0,1	0,0	1,5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	15,8	16,1	-14,2	-9,0	-12,3	-3,5
Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn/-verlust	15,8	16,1	-14,2	-9,0	-12,3	-3,5

Der nach Geschäftsfeldern segmentierte Konzern zeigte konsolidierte Gewinne in den Geschäftsfeldern Energie sowie Wasser und Entsorgung von zusammen 31,9 Mio. €.

Das Geschäftsfeld Mobilität wies einen geringeren Verlust aus, als in den (nicht-konsolidierten) Einzelabschlüssen der dieses Geschäftsfeld prägenden Gesellschaften HAVAG und Hafen. Wesentlicher Grund hierfür waren Leistungsbezüge aus anderen Geschäftsfeldern (Energie, Personal und Serviceleistungen), die im Zuge der Aufwands-Konsolidierung entfallen.

Die Konzernzentrale und das Geschäftsfeld Services weisen ihrer Art nach typische konsolidierte Verluste aus, da diese Bereiche weitgehend konzerninterne Dienstleistungen erbringen bzw. Koordinierungs- und Steuerungsaufwand mit sich bringen. Das Ergebnis der Konzernzentrale ist durch Effekte aus der Kapitalkonsolidierung und durch die einmaligen Aufwendungen aus der bilanziellen Risikovorsorge in Bezug auf die Energieerzeugung geprägt.

3.2.1 Geschäftsfeld Energie

(konsolidierte Angaben)	2012 TEUR	2011 TEUR
Gesamtleistung	421.449	412.207
darunter Umsatzerlöse	406.705	397.617
darunter sonstige betriebliche Erträge	12.411	11.457
Materialaufwand	302.072	289.588
Personalaufwand	34.130	32.266
Abschreibungen	20.212	22.520
sonstige betriebliche Aufwendungen	32.158	33.758
Betriebsergebnis	32.877	34.075

Dem Geschäftsfeld gelang es, trotz des aufgezeigten hohen Wettbewerbsdrucks, die Umsatzerlöse um 9,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr zu steigern. Wesentlichen Anteil an dieser Steigerung hatte der witterungsbedingte Mehrabsatz bei Wärme (+126,7 GWh auf 802,5 GWh). Damit stieg der Umsatz auf 58,2 Mio. EUR (Vorjahr: 54,8 Mio. EUR).

Der Stromverkauf verringerte sich um 100,8 GWh auf 1.598,6 GWh. Wesentlich hierfür war die geringere Vermarktung von Kraftwerksmengen infolge geringerer Produktion. Trotz gesunkener Absatzmengen konnte insbesondere durch Weitergabe der gestiegenen EEG-Umlage der Umsatz mit 192,3 Mio. EUR leicht unter Vorjahresniveau (193,5 Mio. EUR) stabilisiert werden.

Der Erdgasabsatz nahm um 314,8 GWh ab und erreichte 2.471,8 GWh. Neben Kundenverlusten infolge des verschärften Wettbewerbes war der Rückgang hauptsächlich durch den geringeren Absatz von Kraftwerksgas an die Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH in Folge Vertragsbeendigung begründet – die KWT schloss im Geschäftsjahr einen eigenen Gasliefervertrag mit VNG ab. Trotz des Absatzrückganges wurden infolge Weitergabe von deutlich gestiegenen Gaspreisen Umsatzerlöse von 101,9 Mio. EUR auf Vorjahresniveau (101,4 Mio. EUR) erzielt.

Im Netzbetrieb waren bei Strom, Gas und Fernwärme Mengenzuwächse zu verzeichnen - es konnten 24,0 Mio. EUR erreicht werden (Vorjahr 21,9 Mio. EUR).

Beim Materialaufwand war die Erhöhung auf 302,1 Mio. EUR Folge gestiegener spezifischer Kosten für Kraftwerks- und Kommunalgas sowie gestiegener Netznutzungsentgelte. Letzteres beruhte überwiegend auf den Zuwachs externer Kunden bei Strom und Gas, welche entsprechende Zuwächse bei den Ausgaben für die Netznutzung mit sich brachten.

Die Personalkostensteigerung um 1,9 Mio. EUR war im Wesentlichen auf die Tarifsteigerung zu Beginn des Jahres und auf die Einführung eines neuen Manteltarifvertrages zurückzuführen.

Die Abschreibung der GuD-Anlage Dieselstraße erfolgte leistungsabhängig nach in Anspruch genommenen Betriebsstunden. Hauptsächlich durch die im Vorjahresvergleich geringere Nutzung dieser Anlage verringerten sich auch die Aufwendungen für Abnutzung um 2,3 Mio. EUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsfeldes beinhalten hauptsächlich Aufwendungen für Konzessionen, Instandhaltung, Mieten und Pachten, Dienstleistungen für Datenverarbeitung und Abrechnung. Durch konsequentes Kostenmanagement konnten hier Einsparungen von 1,6 Mio. EUR erreicht werden.

Das Betriebsergebnis verringerte sich insgesamt um 1,2 Mio. EUR oder 3,5 %. Dabei konnten die Kundenverluste innerhalb der Stadt Halle (Saale) infolge des verschärften Wettbewerbs durch die Akquise von externen Kunden nahezu ausgeglichen werden. Bei der Erzeugung von Strom und Wärme konnten, trotz negativer Marktpreisentwicklung, durch frühzeitige Preissicherungen im Geschäftsjahr noch auskömmliche Deckungsbeiträge generiert werden. Für die künftigen Geschäftsjahre wurden die voraussichtlichen Auswirkungen der Marktpreise auf die stark gesunkenen Deckungsbeiträge in der Energieerzeugung im Jahresabschluss durch Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt.

3.2.2 Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

(konsolidierte Angaben)	2012 TEUR	2011 TEUR
Gesamtleistung	131.153	128.485
darunter Umsatzerlöse	122.754	120.491
darunter sonstige betriebliche Erträge	7.642	6.807
Materialaufwand	27.236	28.549
Personalaufwand	31.233	32.094
Abschreibungen	20.273	19.985
sonstige betriebliche Aufwendungen	25.250	24.133
Betriebsergebnis	27.161	23.725

Das Geschäftsfeld erwirtschaftete Umsatzerlöse in Höhe von 122,8 Mio. EUR, welche leicht über dem Vorjahreswert von 120,5 Mio. EUR lagen. Im Wesentlichen haben die preisindizierten Entwicklungen bei Trink- und Abwasser, sowie bei den Entsorgungsleistungen zu einer Umsatzsteigerung geführt. Hierbei lagen die Erlöse aus den nahezu gleichbleibenden Trinkwasserlieferungen von 16,4 Mio. m³ hauptsächlich durch das eingepreiste Wasserentnahmeentgelt über dem Vorjahresniveau. Gegenätzlich entwickelten sich die Umsätze für die Reinigungserlöse durch die lange Winterperiode zu Beginn des Jahres. Auf Grund der Verschärfung der Ablagerungsbedingungen war ein markanter Rückgang der Umsätze für den Deponiebetrieb zu verzeichnen. Zusätzlich verzeichneten die Abwasserübernahme aus anderen Gebieten und die Erlöse aus der Deponiegasverstromung einen Rückgang. Die Gesamtleistung waren in Folge der vorgenannten Entwicklungen mit 131,2 Mio. EUR um 2,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Der Materialaufwand des Geschäftsfeldes lag im Geschäftsjahr 2012 mit 27,2 Mio. EUR um 1,3 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Dies wurde im Wesentlichen durch Einsparungen bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie bezogenen Leistungen erzielt, wodurch die Effekte durch das berücksichtigte Wasserentnahmeentgelt im Fernwasserbezug sowie die höheren Fremdleistungen für die Sanierung der Trink- und Abwasseranlagen überkompensiert wurden.

Auf Grund der Wirkung von Personalanpassungsmaßnahmen (Verringerung der Mitarbeiterzahl) in den Unternehmen des Geschäftsfeldes konnten die Personalaufwendungen um 0,9 Mio. EUR gegenüber dem Jahr 2011 gesenkt werden.

Umfangreichere Investitionen im Trink- und Abwasser bei der Erschließung des Gewerbegebietes an der A14 und die Erweiterungen der Abfallbehandlung verursachen im Geschäftsjahr eine Steigerung der Abschreibungen um 0,3 Mio. EUR.

Im Wesentlichen führte die Abwasserabgabe zu einer Steigerung des sonstigen betrieblichen Aufwandes auf ein Niveau von 25,3 Mio. EUR (+1,1 Mio. EUR), die weiteren Kostenarten bestätigten überwiegend die Vorjahreswerte.

Insgesamt weist das Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung ein Ergebnis von 27,2 Mio. EUR aus. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine Steigerung um 3,4 Mio. EUR erzielt werden.

3.2.3 Geschäftsfeld Mobilität

	2012	2011
<i>(konsolidierte Angaben)</i>	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	73.012	71.582
darunter Umsatzerlöse	41.756	41.906
darunter sonstige betriebliche Erträge	31.032	29.159
Materialaufwand	23.461	22.223
Personalaufwand	29.576	30.794
Abschreibungen	22.273	21.929
sonstige betriebliche Aufwendungen	10.751	7.873
Betriebsergebnis	-13.050	-11.237

Im Geschäftsfeld Mobilität erhöhte sich die Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr um 1,4 Mio. EUR. Bei annähernd gleichen Umsatzerlösen stiegen die sonstigen betrieblichen Erträge um 1,9 Mio. EUR. Für diesen Anstieg waren vor allem Zuschüsse auf Folgekosten für nicht aktivierungsfähige Verkehrsbaumaßnahmen verantwortlich. Sie betrafen hauptsächlich den Ausbau der Beesener-, Delitzscher- und Mansfelder Straße.

Der Materialaufwand nahm gegenüber 2011 um 1,2 Mio. EUR zu. Grund dafür war im Wesentlichen eine verstärkte Inanspruchnahme von Subunternehmerleistungen im öffentlichen Personennahverkehr sowie Mehraufwendungen für Leistungen Dritter bei dispositiven Leistungen im Hafen Halle.

Infolge von Personalabbaumaßnahmen und Personalübergängen in andere Geschäftsfelder verringerte sich der Personalaufwand um 1,2 Mio. EUR auf 29,6 Mio. EUR.

Die Abschreibungen stiegen im Jahr 2012 auf 22,3 Mio. EUR an. Diese geringfügige Erhöhung zum Vorjahr (+0,4 Mio. EUR) war dem Anstieg im Sachanlagevermögen, insbesondere der Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen des öffentlichen Personennahverkehrs geschuldet.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber 2011 von 2,9 Mio. EUR war durch Aufwendungen für nichtaktivierungsfähige Folgekosten aus Verkehrsbaumaßnahmen sowie erhöhte Instandhaltungs- und Betriebskosten für Verwaltungs- und Vermietungsbereiche innerhalb des öffentlichen Personennahverkehrs begründet.

Im Ergebnis der vorgenannten Entwicklung schloss das Geschäftsfeld Mobilität das Jahr 2012 mit einem Fehlbetrag von 14,2 Mio. EUR (Vorjahr: 12,9 Mio. EUR) ab.

3.2.4 Geschäftsfeld Services

Im Jahr 2012 erfolgte erstmals die Konsolidierung der SHS in den Stadtwerke Konzern mit einer Zuordnung zum Geschäftsfeld Services. Dies wirkte sich unmittelbar auf die überwiegende Anzahl der Positionen der Erfolgsrechnung des Geschäftsfeldes aus.

	2012	2011
<i>(konsolidierte Angaben)</i>	TEUR	TEUR
Gesamtleistung	23.989	19.446
darunter Umsatzerlöse	17.562	14.021
darunter sonstige betriebliche Erträge	5.300	4.823
Materialaufwand	10.313	9.758
Personalaufwand	17.154	14.725
Abschreibungen	2.217	2.034
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.698	2.560
Betriebsergebnis	-8.393	-9.630

Im Geschäftsfeld erhöhten sich die Umsatzerlöse in 2012 um 3,5 Mio. EUR (+24,8%) auf 17,6 Mio. EUR. Dafür war im Wesentlichen die erstmalige Konsolidierung der SHS ursächlich. Zu der Umsatzerhöhung haben weiterhin ITC durch höhere IT-Beratungs- bzw. Dienstleistungen sowie die im Freizeitbereich tätigen Gesellschaften aufgrund gestiegener Besucherzahlen in den Schwimm- und Freizeitbädern beigetragen. Reduzierend auf die Geschäftsfeldumsätze wirkte die W+H durch Leistungsrückgänge in den Bereichen Hausanschlüsse, Sammelkanal und Haustechnik in Folge schwankender Auftragslage und ungünstiger Witterungsbedingungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verzeichneten ebenfalls einen Anstieg um 0,5 Mio. EUR auf 5,3 Mio. EUR. Hierfür zeichnete sich in erster Linie die ITC durch Auflösung von Personal- und übrige sonstige Rückstellungen verantwortlich. Bei der Bäder Halle GmbH erhöhten sich die Erträge ebenfalls durch Weiterberechnungen an die Stadt Halle (Saale).

Wegen der beschriebenen Effekte konnte die Gesamtleistung des Geschäftsfeldes um 4,5 Mio. EUR auf 23,9 Mio. EUR gesteigert werden.

Der Anstieg im Materialaufwand war Folge der erstmaligen Konsolidierung der SHS. Darüber hinaus wies ITC höhere Aufwendungen für bezogenen Waren (insb. projektbezogene Hard- und Software) korrespondierend zu den gestiegenen Umsatzaktivitäten auf.

Der Personalaufwand verzeichnete im Geschäftsjahr 2012 einen Anstieg um 2,5 Mio. EUR auf 17,2 Mio. EUR. Hierzu trugen in überwiegenderem Maße die Personalübergänge aus den Abrechnungsbereichen von EVH und HWS auf die ITC bei. Zudem waren Neueinstellungen zur Bewältigung des gestiegenen Leistungsspektrums bei Stadtwerken, Stadt Halle, Kommunen und Dritten, der Umgestaltung der Datenverarbeitung in der Stadt Halle und dem Aufbau neuer SAP-Kompetenz erforderlich. Weiterhin war wiederum die im Vorjahr noch nicht konsolidierte SHS mit ursächlich für den Aufwandsanstieg.

Die Abschreibungen des Geschäftsfeldes stiegen in 2012 um knapp 0,2 Mio. EUR (+9,0 %) auf 2,2 Mio. EUR. Wesentlich hierfür waren die im Vorjahr getätigten Investitionen der Bäder Halle GmbH zur Sanierung des Freibades Saline.

Der sonstige betriebliche Aufwand lag auf Vorjahresniveau.

Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis des Geschäftsfeldes Service um 1,2 Mio. EUR (12,8 %) auf -8,4 Mio. EUR. Anzumerken ist, dass das Geschäftsfeld Services weit überwiegend Leistungen für die Konzernunternehmen erbringt. In Folge dessen führt die Ertrags- und Aufwandskonsolidierung regelmäßig zu einem Verlustausweis, der insofern nicht das tatsächliche Leistungsvermögen des Geschäftsfeldes wiedergibt.

4 Vermögens- und Finanzlage

Zum Stichtag wies der Konzern eine Bilanzsumme von 1.234,5 Mio. EUR aus. Der Rückgang zum Vorjahr betrug somit 25,4 Mio. EUR.

Hierbei verringerte sich das Konzernanlagevermögen um 8,0 Mio. EUR auf 1.012,1 Mio. EUR. Das Immaterielle Vermögen ging insgesamt um ca. 1,3 Mio. EUR zurück, wobei der Geschäfts- und Firmenwert durch die konsolidierungsbedingte Abschreibung von Unterschiedsbeträgen aus der Kapitalkonsolidierung (hier AWH) um 1,3 Mio. EUR abnahm.

Das Sachanlagevermögen verblieb annähernd auf Höhe des Vorjahresniveaus. Dabei verringerten sich bedingt durch Abschreibungen die bebauten Grundstücke um 3,7 Mio. EUR und die technischen Anlagen und Maschinen um 2,8 Mio. EUR. Dagegen stiegen die Aktiva aus geleisteten Anzahlungen für Anlagen im Bau um 6,8 Mio. EUR.

Die Finanzanlagen wurden mit einem Wert von 13,9 Mio. EUR bilanziert und lagen 8,2 Mio. EUR unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (22,1 Mio. EUR). Grund hierfür war die Abschreibung einer Beteiligung an assoziierten Unternehmen (5,2 Mio. EUR) sowie der Abgang von Wertpapieren des Anlagevermögens (3,0 Mio. EUR).

Das Umlaufvermögen des Konzerns erhöhte sich um rd. 15,5 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr. Dabei waren die Vorräte leicht um 1,3 Mio. EUR gesunken, während die Forderungspositionen saldiert um 16,8 Mio. EUR anstiegen. Wesentlichen hierfür waren gestiegene Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (4,4 Mio. EUR) und durch Energiesteuer-Erstattungsansprüche gestiegene sonstige Vermögensgegenstände (10,6 Mio. EUR).

Die Abnahme der Bilanzsumme auf der Aktivseite war maßgeblich auf die um 35,1 Mio. EUR niedrigeren flüssigen Mittel der Konzernunternehmen zurückzuführen.

Das Eigenkapital des Konzerns verringerte sich durch den mit der Gewinnrücklage des Konzerns verrechneten Jahresfehlbetrag um 3,5 Mio. EUR auf 270,1 Mio. EUR.

Die ertragswirksame Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung (hier SWH alt) führte zu einer Verringerung des Ansatzes um 10,8 Mio. EUR. Der verbleibende Unterschiedsbetrag wird letztmalig im Geschäftsjahr 2013 ertragswirksam aufgelöst. Danach wird das Konzernjahresergebnis entsprechend geringer ausfallen.

Korrespondierend zu den Abschreibungen wurde der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge aufgelöst.

Die Rückstellungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Mio. EUR, im Wesentlichen bedingt durch die Zunahme der sonstigen Rückstellungen.

Die Verbindlichkeiten des Konzerns nahmen im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 18,5 Mio. EUR ab, hauptsächlich auf Grund von um 16,1 Mio. EUR geringerer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Unter Einbeziehung von 50 % der Sonderposten verfügte der Konzern über ein betriebswirtschaftliches Eigenkapital von 415,5 Mio. EUR. Die hierauf bezogene Eigenkapitalquote (i. w. S.) betrug 33,7 % (Vorjahr: 34,0 %).

	2012	2011	2010	2009	2008
Bilanzsumme (in TEUR)	1.234.531	1.259.949	1.282.792	1.340.400	1.230.955
Eigenkapitalquote (in %) *	21,9%	22,6%	21,8%	28,8%	25,9%
Eigenkapitalquote i. w. S. (in %) **	33,7%	34,0%	33,1%	39,8%	38,3%

* In die Eigenkapitalquote wurde der Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung einbezogen.

**Die Eigenkapitalquote im weiteren Sinne wurde unter Hinzurechnung von 50 % der Sonderposten ermittelt. Dies erfolgte trotz des Bestehens von Ergebnisabführungsverträgen, in dessen Folge eine etwaige Besteuerung auf Ebene der Gesellschafterin als Organträger vorzunehmen ist und somit eine 100 % Hinzurechnung angemessen wäre.

Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (43,3 Mio. EUR) um 21,7 Mio. EUR auf 21,6 Mio. EUR, was hauptsächlich auf einen Anstieg bei den Forderungen (aus Lieferungen und Leistungen) und bei den sonstigen Vermögensgegenständen (Erstattungsansprüche Energiesteuer) beruhte.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein Cash Flow in Höhe von -56,6 Mio. EUR (Vorjahr 71,1 Mio. EUR). Hierbei waren die im Vorjahresvergleich geringeren Auszahlungen für Investitionen maßgeblich.

Bei einer Nettoentschuldung von 16,1 Mio. EUR und vereinnahmten Betriebskostenzuschüssen in Höhe von 16,5 Mio. EUR trug der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit mit 0,4 Mio. EUR nur unwesentlich zur Finanzierung der nicht aus dem laufenden Cash Flow gedeckten Ausgaben für Investitionen bei. In Folge dessen verringerte sich der Finanzmittelfonds des Konzerns zum Vorjahr um -34,5 Mio. EUR auf 47,1 Mio. EUR.

5 Investitionen

Im SWH-Konzern wurden in abgelaufenen Geschäftsjahr Investitionen von insgesamt 68,6 Mio. EUR geleistet. Die Investitionen stellen sich nach Geschäftsfeldern wie folgt dar:

Energie	17,3 Mio. EUR
Wasser und Entsorgung	27,4 Mio. EUR
Mobilität	21,5 Mio. EUR
Services	2,4 Mio. EUR

Im Geschäftsfeld Energie konzentrierten sich die Investitionen mit 11,5 Mio. EUR hauptsächlich auf Infrastrukturmaßnahmen der Transport- und Verteilungsanlagen.

Schwerpunkt der Investitionen im Geschäftsbereich Wasser und Entsorgung waren Abwasseranlagen mit 12,4 Mio. EUR und Trinkwasseranlagen mit 5,0 Mio. EUR. Ergänzt werden die Investitionen durch den kontinuierlichen Ersatz ausgewählter Mobiltechnik und der Erweiterung der Sortiertechnik für die Leistungen der Abfallentsorgung und der Sekundärrohstoffaufbereitung.

Das Geschäftsfeld Mobilität war von investiven Leistungen für komplexe Baumaßnahmen (17,3 Mio. EUR) sowie von der Ersatzbeschaffung von Niederflurstraßenbahnen (4,1 Mio. EUR) geprägt.

Im Geschäftsfeld Services wurden die Investitionen maßgeblich von Attraktivitätsverbesserungen im Bäderbereich (1,3 Mio. EUR) beeinflusst.

6 Finanzmanagement

Die Rahmenbedingungen für die eigenverantwortlichen Darlehensaufnahmen der Konzernunternehmen sind konzerneinheitlich in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die Vereinheitlichung von zu gewährenden Sicherheiten und weiteren Vertragsbedingungen.

Die SWH führt ein aktives Zinsmanagement durch. Zu diesem Zweck wird konzernweit eine Software zur Zinsrisikoerfassung und -bewertung eingesetzt. Mit Hilfe von Positionslimits (für das Verhältnis von variablen und fixen Positionen) und Risikolimits (für Cash Flow at Risk und Value at Risk) werden die zinstragenden Positionen des Konzernportfolios gesteuert. Im Konzern werden Zinssicherungsinstrumente ausschließlich mit dem Ziel der Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt – ein spekulativer Handel mit Finanzderivaten erfolgt nicht.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch des Cash Pools) ausschließlich bei einlagengesicherten Banken getätigt.

7 Risikomanagement

In das Risikomanagement sind alle wesentlichen Konzernunternehmen einbezogen. Die Identifikation und Bewertung von Risiken sowie die Dokumentation und Überwachung von Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zur Risikobegegnung erfolgen nach einem konzerneinheitlichen System. Zur Einschätzung potentieller Risiken wird jeweils deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe ermittelt. Durch die im Konzern jährlich stattfindende Risikoerhebung und -überprüfung sowie das Instrument der unterjährigen Akutberichterstattung ist ein frühzeitiges Erkennen von Risiken gewährleistet.

8 Risiken und Chancen

Die Konzern-Holding ist über die bestehenden Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträge mittelbar mit den Chancen und Risiken der Tochterunternehmen verbunden. Die das Marktumfeld des Konzerns prägenden volatilen Märkte können zu ungeplanten Abweichungen der Erträge der Holding führen und somit die auf Planwerten beruhenden Finanzzusagen der SWH beeinflussen.

8.1 Geschäftsfeld Energie

Die Beschaffungsmärkte des Geschäftsfeldes sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Dazu wurden Festpreisein- und Verkäufe getätigt, welche die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Stromhandel wurde mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegengewirkt. So werden jährlich neue Limits festgelegt, in deren Grenzen Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgte mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Beim Kommunalgasbezug erfolgte eine Streuung der Preis- und Mengenrisiken durch die Aufteilung der Gesamtbeschaffung auf mehrere Lieferanten. Risiken bestehen hier auch in den Mindestabnahmeverpflichtungen für Kommunal- und Kraftwerksgas, z. B. bei milder Witterung.

Ab 2013 besteht das Risiko verminderter Deckungsbeiträge aus der Vermarktung der Stromerzeugung der Heizkraftwerke aufgrund der gegenwärtigen Marktpreissituation, die eine wirtschaftliche Stromproduktion gefährden. Die in künftigen Geschäftsjahren voraussichtlich zu erwartenden Verluste aus schwebenden Absatz- und Bezugsverpflichtungen wurden im Jahresabschluss bereits durch Rückstellungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt.

Zur Verbesserung der Situation werden insbesondere Verhandlungen mit Gaslieferanten geführt, um die Gasbezugsbedingungen und somit die Wirtschaftlichkeit in der Stromerzeugung zu verbessern. Darüber hinaus wird an verschiedenen Projekten zur Optimierung der Beschaffungs- und Vermarktungsstrategie im Erzeugungsportfolio gearbeitet.

Die Marktpreise für den Strom wirken auf die Eigenerzeugung und auch auf das Endkundengeschäft. Die Bezugskostenentwicklung wird auch hier grundsätzlich an die Endkunden weitergegeben. Bei steigenden Preisen kann es auf Grund der jeweiligen Marktsituation und des zeitlichen Versatzes zu Margen- und Kundenverlusten kommen.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat in mehreren Fällen die Rechtsprechung zu Preisanpassungsklauseln in Fernwärmelieferverträgen präzisiert, bei denen die Preise an die Entwicklung für Heizöl gekoppelt sind. Die Rechtsprechung in diesem Bereich entwickelt sich weiter und wurde als Position in die Chancen- und Risikoinventur aufgenommen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Fernwärmelieferverträge rechtssicher sind.

Mit Beginn der dritten Handelsperiode des Emissionsrechtehandels (2013-2020) wird es für die Stromproduktion keine kostenfreien Emissionsberechtigungen an die Anlagenbetreiber mehr geben. Für die Wärmeerzeugung sind jedoch weiterhin kostenfreie Zuteilungen vorgesehen.

Für das Jahr 2013 ist mit einem weiteren leichten Anstieg des Rohölpreises zu rechnen. 2012 lag dieser bei 110 Dollar je Barrel. Grund dafür ist zum einen das Krisenthema um den Atomkonflikt im Iran. Zum anderen wird mit einer sich im Jahresverlauf positiv entwickelnden Weltkonjunktur gerechnet.

Im Rahmen des von der Bundesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzprogramms plant das Geschäftsfeld mittelfristig den Ausbau regenerativer Erzeugungskapazitäten. Über die Beteiligung an der Trianel wirkt der Konzern an der Projektentwicklung von Onshore- Windanlagen und Wasserspeicherkraftwerken in Deutschland mit. Weitere Investitionen wird es in den Folgejahren bei den Netzen geben, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Wärmenetz.

Die EVH GmbH will ihre Akquisitionen innerhalb und außerhalb von Halle verstärken. Dafür sind der Bau und der Betrieb dezentraler Energieerzeugungsanlagen geplant.

8.2 Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Für das Geschäftsfeld werden in den nächsten Jahren weitere Rückgänge der erlöswirksamen Mengen in den Sparten Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung als Folge des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs und des weiterhin sparsamen Verbraucherverhaltens erwartet.

Unverändert ist der Markt für Abfallentsorgungsleistungen von konjunkturell stark schwankenden Wertstoff- und Entsorgungspreisen geprägt. Zum 1. Juli 2012 trat das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft und unterstreicht den zunehmenden Wandel der Abfallwirtschaft zur Kreislauf- und

Ressourcenwirtschaft. Für die Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, welches sich nach dem Abfallrichtlinien der Europäischen Union an der stofflichen Zusammensetzung orientiert, ist die erfolgreiche Einführung der Wertstofftonne maßgeblich. Da der Gesetzgeber bislang keine eindeutige Zuständigkeit für die Erfassung geregelt hat, wird es auf den Wettbewerb mit der privaten Entsorgungswirtschaft, die Formulierung einer gesonderten Verordnung oder eine beispielgebende Rechtsprechung ankommen.

Für das I. Quartal 2013 ist die parlamentarische Abstimmung über die Zweite Verordnung zur Änderung der Deponieverordnung geplant. Zusätzlich soll eine Mantelverordnung für den Rekultivierungsbetrieb der Deponie weitere Rahmenbedingungen konkretisieren. Daraus angeleitet ist für eine erfolgreiche Entwicklung des Geschäftsfeldes von Bedeutung, dass die Unternehmen die intensive Diskussion mit dem zuständigen Behörden, Aufsichtsorganen und Fachverbänden anstreben. Teilweise bei Einzelmaßnahmen, wie der Rekultivierung der Deponie Halle-Lochau, aber auch bei breit angelegten Umstrukturierungen, wie bei der Einführung der Wertstofftonne, verfolgen wir den Grundsatz des offenen Dialoges. Parallel dazu arbeiten interne Projektgruppen, die sich mit den konkreten Wirkungen auf unsere Geschäftsinhalte auseinandersetzen, um kurzfristig notwendige Veränderungen anzustreben.

Mit der Verschärfung der rechtlichen Rahmenbedingungen seitens des Gesetzgebers, der Liberalisierung der Märkte und dem allgemeinen Preisdruck sind die Unternehmen des Geschäftsfeldes zur aktiven Begegnung dieser Entwicklungen aufgefordert. In der Anwendung und weiteren Verbesserung eines konsequenten Kostenmanagements zur Adaption der vorgenannten Entwicklungen werden künftig gute Entwicklungschancen gesehen. Zusätzlich erlangt die Entwicklung von Strategien zur Ergänzung der Tätigkeitsfelder und dem Einsatz innovativen Technologien eine zunehmende Bedeutung. Ein Beispiel dazu ist die Demonstrationsanlage der hydrothermalen Carbonisierung, in der aus biogenen Reststoffen unter Nutzung der Abwärme der Deponiegasverstromung ein regenerativer Energierohstoff erzeugt wird.

8.3 Geschäftsfeld Mobilität

Die Erbringung der Verkehrsleistungen des Geschäftsfeldes muss sich regelmäßig mit den Leistungen anderer Verkehrsunternehmen messen lassen, um den beihilferechtlichen Zulässigkeitskriterien zu entsprechen. Um den wirtschaftlichen Erfolg zu sichern, werden die im Jahr 2010 in Zusammenarbeit mit einer Unternehmensberatung erarbeiteten Restrukturierungsmaßnahmen konsequent weiter umgesetzt.

Die Zielsetzung für das Wirtschaftsjahr 2013 und die Folgejahre besteht darin, die Qualität und Wirtschaftlichkeit des ÖPNV-Angebotes durch Angebotsanpassungen und durch die konsequente Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes (Personal- und Fahrzeugkonzeption) weiter zu verbessern. Die Hauptzielstellung besteht in der nachhaltigen Reduzierung des Zuschussbedarfs und in der damit korrespondierenden Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des ÖPNV-Angebotes.

Die Hafenleistungen des Geschäftsfeldes in den Sparten „Schiffsverkehr“ sowie „Infrastruktur und Ansiedlungen“ werden nach derzeitigem Kenntnisstand unverändert durch nachhaltig negative Ergebnisse gekennzeichnet sein. Demgegenüber zeigen die Sparten „Bahnleistungen“, „Containerumschlag“ und „Dispositive Leistungen“ eine mittelfristig positive Entwicklung. Die am Markt zu verzeichnende positive Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit des CTHS (ContainerTerminalHalleSaale) gilt es weiter auszubauen. Hierzu werden die Möglichkeiten einer Ausweitung des Leistungsspektrums sowie einer Verlängerung der Wertschöpfungskette der Logistikprozesse untersucht. Damit soll u. a. auch eine Verringerung der Abhängigkeit von Dritten erreicht werden.

Im Jahr 2013 wird ein stabiles Verkehrsaufkommen im Hafenbereich erwartet. Die weitere Ausweitung der Geschäfte im kombinierten Verkehr und dispositiven speditionellen Leistungen soll einen wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkt im kommenden Geschäftsjahr darstellen. Im Bereich Ansiedlung steht im Jahr 2013 die Begleitung der beiden begonnen Ansiedlungsprojekte bis zu ihrer Betriebsaufnahme im Vordergrund, wobei insbesondere wegen des Tankmischlagers signifikant zunehmende Bahnleistungen erwartet werden.

Die zukünftige Ertrags- und Finanzlage des Hafens ist, abgesehen von politischen Entscheidungen zur Saaleschiffahrt, entscheidend davon abhängig, dass die geplanten Akquise-Aktivitäten erfolgreich verlaufen, die für eine langfristig positive Entwicklung des Hafenbetriebs erforderlichen Investitionen realisiert und die zur Ansiedlung hergerichteten Flächen besser ausgelastet werden.

8.4 Geschäftsfeld Services

Die Entwicklung des Geschäftsfeldes stellt sich durch die unterschiedlichen Betätigungsfelder und Kunden der einzelnen Unternehmen einerseits sehr vielfältig dar, andererseits führen die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse der Branchen, für welche die jeweiligen Services und Dienstleistungen erbracht werden, zu einem vergleichbaren Optimierungsdruck im gesamten Geschäftsfeld.

Für den IT-Bereich des Geschäftsfeldes ist die Ertragsaussicht insbesondere von der Wettbewerbs- und Finanzsituation der Hauptkunden (Kommunen und Unternehmen öffentlicher Träger) abhängig, welche als solche nicht beeinflusst werden können. In der Spezialisierung auf die Übernahme kompletter IT-Dienstleistungen, Rechenzentrumsleistungen sowie in der Vermarktung der eigenen Produkte und spezieller IT-Dienstleistungen werden beachtliche Chancen zu Begegnung der aufgezeigten Situation gesehen. Durch weitere Entwicklung innovativer Produkte und Lösungen, der weiteren Qualifikation der Mitarbeiter und ein ausgeprägtes Qualitätsmanagement sollen Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem hart umkämpften IT-Markt verbessern.

Für die freizeitauffinen Gesellschaften der Geschäftsfeldes bestehen Ertragsrisiken aus sich verändernden Freizeitverhalten, aus Freizeitangeboten Dritter und besonders auch aus ungünstigen Witterungsbedingungen. Zur Sicherung der Liquidität und zum Ausgleich künftig zu erwartender Fehlbeträge werden auch weiterhin Betriebskostenzuschüsse für die Maya mare als auch für die Bädergesellschaft (hier von der Stadt Halle (Saale)) notwendig sein.

Die Herausforderungen der weiteren Service- und Supportfunktionen des Geschäftsfeldes bestehen überwiegend in der zielgerichteten Unterstützung der Stadtwerke-Gruppe bei der Umsetzung von Effizienzmaßnahmen und Kosteneinsparungen.

9 Ausblick

Die zukünftigen Anforderungen an die Geschäftsfelder des Konzerns werden von den vorgenannten Entwicklungen geprägt sein, welche geschäftsfeldübergreifend zu einem weiter anhaltenden Ertrags- und Kostendruck führen werden.

Insbesondere werden im Bereich der Energieerzeugung deutliche Ertragsrisiken aus einer unzureichenden Margenentwicklung in Folge der Verdrängung gasbefuerter Anlagen durch Atom- und Kohlekraftwerke sowie durch den weiteren Zubau regenerativer Erzeugungsanlagen gesehen. Hierzu wurden im Geschäftsjahr 2012 bilanzielle Vorkehrungen in Bezug auf eine Erzeugungsanlage getroffen.

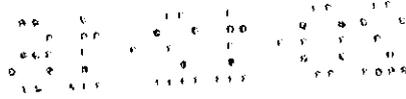
Die Konzerngeschäftsführung hat deshalb frühzeitig mit der Initiierung und Koordination von konzernweiten Programmen und Maßnahmen mit dem Ziel einer nachhaltigen Ergebnisstabilisierung

begonnen. Erste belastbare Ergebnisse liegen schon jetzt vor und ermöglichen Ergebnisverbesserungen im Mittelfristbereich.

Die Konzerngeschäftsführung erwartet für das Jahr 2013 ein Konzernjahresergebnis von -6,9 Mio. EUR.

Halle (Saale), den 24. Mai 2013

Die Geschäftsführung



Matthias Lux
(Vorsitzender)

Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause

René Walther